



Foto: transit/v. Polentz

Keine griechische Tragödie, sondern aktueller Missstand: Absolventen sind billig, austauschbar und quasi ohne Gesicht. Die Generation Praktikum geht mit Protesten an die Öffentlichkeit.

ZUM 1. MAI

Menschen – unabhängig von Alter, Geschlecht, sozialer Herkunft oder kulturellem Hintergrund – die Chance zu gesellschaftlicher Teilhabe zu geben, steht hinter der 2006er Mai-Lozung des DGB: „Deine Würde ist unser Maß“.

Bei den Berliner Demonstrationen geht es vor allem um Arbeits- und Ausbildungsplätze. Start der Demo, von Motorradkorso, Lauf, Skating- und Fahrraddemo ist um 9 Uhr am DGB-Haus Keithstraße. **Treff für FB 8** ist 8.45 Uhr An der Urania. Die zentrale Kundgebung mit anschließendem Maifest beginnt 11 Uhr am Brandenburger Tor.

Bitte beachten: Termine der Mitgliederversammlungen der ver.di-Fachgruppen auf Seite 15.

DÜMPELN IN DER WARTESCHLEIFE

Kein Aprilscherz: Proteste gegen Etablierung eines prekären Praktikantenarbeitsmarktes

Erst Praktikum, dann Job? April, April! hieß es auf einem der Transparente vor dem Brandenburger Tor, mit dem Betroffene und ihre Interessenvertretungen, die DGB-Jugend, ver.di-Vertreter und der Verein fairworks auf das Problem des prekären Hochschulabsolventen-Arbeitsmarktes aufmerksam machten und forderten: Schluss mit der Ausbeutung von Hochschulabsolventen in Praktika, keine Qualitätsarbeit zu sitenwidrigen Billigpreisen mehr!

Die Demo am 1. April in Berlin-Mitte war Teil des ersten europä-

ischen PraktikantInnen-Aktionstages. Dass die „Generation Praktikum“ oder „Génération Précaire“ kein deutsches Problem allein ist, zeigt ein Blick nach Frankreich. Auch in anderen europäischen Ländern wird es immer üblicher, reguläre Jobs mit hochmotivierten, bestausgebildeten Absolventen zu besetzen, die nicht oder kaum bezahlt und sozial abgesichert werden. Womöglich mit der Aussicht auf eine Festanstellung gelockt, oder weil sie Leerstellen in ihrer Biografie vermeiden, Berufserfahrung sammeln und Netzwerke knüpfen wollen, nehmen Absolventen solche mehrmonatigen Vollzeitstellen an, die mit eigenständiger, verantwortungsvoller Tätigkeit, sogar Überstunden verbunden sind und oft damit enden, den eigenen Nachfolger einzuarbeiten. Etwa die Hälfte der in einer Studie der DGB-Jugend befragten PraktikantInnen empfindet diese Praxis offen als Ausbeutung.

Speziell in der Medienbranche, auch bei Architekten, Juristen und

zunehmend sogar unter Wirtschaftswissenschaftlern steige der Prozentsatz der Absolventen, die viele Monate mit Praktikanten-

**Generation Praktikum
– europaweites Problem**

jobs und ohne Aussicht auf reguläre Bezahlung zubrachten. Anja B. aus Berlin ist eine von ihnen. Nach Journalistenschule und Arbeit an einer hauptstädtischen Tageszeitung absolvierte sie Auslandsaufenthalte und schloss ihr Magisterstudium ab. Nach der Babypause bot sich ihr „keine Chance mehr auf einen festen Arbeitsplatz“, und sie versuchte den Wechsel in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Drei Praktika hat sie mittlerweile absolviert und zwischen 250 und 500 Euro monatlich verdient. Sie hofft, dass

in der Agentur, wo sie jetzt arbeitet, zumindest ein längerfristiger Honorarvertrag für sie drin ist.

Die „Superpraktikantin“, die bei der Aktion der weißen Masken am Brandenburger Tor gekürt wurde, hat ähnliche und teilweise noch schlimmere Erfahrungen: In eineinhalb Jahren Praktikum bei Parteien, im Presse- und Öffentlichkeitsbereich erhielt die 27jährige Politikwissenschaftlerin lediglich zweimal eine „Aufwandsentschädigung“.

ver.di Berlin, so Bildungs-Sekretär André Pollmann, plant weitere Aktionen für die Generation Praktikum mit der DGB-Jugend, auch im Zusammenhang mit der Mindestlohndebatte.

Auf der Homepage der europäischen PraktikantInnen-Initiative kann mittlerweile eine Petition an das Europäische Parlament unterzeichnet werden: www.generation-p.org

neh

**Reguläre Jobs –
kein oder kaum Geld**

schen PraktikantInnen-Aktionstages. Dass die „Generation Praktikum“ oder „Génération Précaire“ kein deutsches Problem allein

Uns geht die Arbeit aus, pro-
phzeiten Soziologen in den 70er
Jahren noch. Dann hieß es, die
Arbeit machen Roboter und
Rechner für uns. Gefolgt von der
Idee, die Arbeit machen die ande-
ren für uns. Die Initiative „Green-
card“ ward geboren unter dem
Motto, wir holen uns die (ange-
blich) preiswerten und flexiblen
Fachkräfte aus Indien und Bulga-
rien: Damals waren übrigens al-
lein in unserer Region rd. 30.000
Hochschulabsolventen arbeitslos!
Es ging aber nicht darum, Exper-
ten anzuheuern, es ging allein
um Lohndumping. Und der Druck
auf die Ware Arbeitskraft dauert
an. Tarife werden unterlaufen mit
dem Druckmittel der osteuropäi-
schen Konkurrenz; Niedriglohn-
gebiete propagiert, obwohl das
dem Osten über 15 Jahre auch
nicht aus dem Knick half.

Dabei geht es nicht allen
schlecht. Während die einen seit
zehn Jahren Einkommensverluste
hinnehmen mussten, erhöhen sich
die Topmanager ihre Topgehälter;
auch wenn der Aktienkurs brö-
ckelt. Die anderen werden ein-
fach nur für ihre „Mühe“ belohnt,
elegant Tausende entlassen zu
haben: Ein Spitzenbanker der
Deutschen Bank verdient mitt-
lerweile das 400fache einer Bank-
angestellten.

Niedriglöhne, Kombilöhne, Ar-
beit in Armut, prekäre Beschäfti-
gung: Das Lohnsystem gerät aus
den Fugen. Zwei Millionen Men-
schen benötigen inzwischen zwei
und mehr Jobs, um überleben zu
können. 300.000 Beschäftigte
brauchen einen staatlichen Zu-
schuss zu ihrem kargen Lohn, von

Unternehmen massiv steuerlich
entlastete, so dass selbst aufge-
schreckte Manager baten, es
doch nicht so drastisch zu trei-
ben. Die Unternehmenssteuern
sanken auf Rekordtief. Steuern
zahlen derzeit vor allem Arbeit-
nehmerinnen und Arbeitnehmer.
50 Milliarden Euro sollten ange-

Arbeitsplätze vernichtet wurden.
Grund genug, über den Wert der
Arbeit nachzudenken.

Die Botschaft zum 1. Mai 2006
„Die Würde des Menschen ist un-
ser Maß“ mag zu philosophisch
klingen, aber sie enthält damit
auch den Kern unserer Wert-
tedebatte: Es geht um menschen-
würdige Arbeit; es geht darum,
wie produziert wird, wie die Ar-
beitsbedingungen aussehen, ob
Mobbing betrieben wird als sog.
Führungsmittel und Menschen in
gnadenlose Konkurrenz gegen-
einander getrieben werden. Eine
Wertedebatte flankierend zum
Thema Mindestlöhne. Denn den
Mindestlohn brauchen die Ar-
beitnehmerinnen und Arbeitneh-
mer als Fangnetz, um nicht ins Bo-
denlose zu stürzen. Was unsere
europäischen Nachbarn vorexer-
zieren, sollte uns Hoffnung ma-
chen.

*P.S. Um mit Erich Kästner zu
fragen: Wo bleibt das Positive?
Nun, dem Bundestagsabgeord-
neten Friedrich M., der über die
Grenzen des Sauerlandes hinaus
bekannt wurde durch Missbrauch
eines Bierdeckels als Steuererklä-
rung, gelang es immerhin, 10 (!)
Nebenjobs abzugreifen. Kann das
Vorbild sein? 11 Jobs haben zu
müssen, um mit dem Einkommen
auskommen zu können?*

AUF EIN WORT

ZUM
LEBEN ZU
WENIG...



Foto: privat

DIETER PIENKNY, JOURNALIST UND SPRECHER DES DGB,
BEZIRK BERLIN-BRANDENBURG

dem allein sie nicht leben könn-
ten. Die alte Volksweisheit „Zum
Leben zu wenig, zum Sterben zu
viel“ erlebt traurige Renaissance.

Die rot-grüne Bundesregierung
hat 2001 mit der Wurst nach der
Speckseite geworfen, als sie die

lich bis spätestens 2005 in neue
Arbeitsplätze investiert werden,
versprach Herr Michael Rogowski,
damals noch Chef des Bundes-
verbandes der Deutschen Indust-
rie: 2005 war übrigens das Jahr,
in dem dann mehr als 120.000

BUCHTIPP

GESCHICHTE DES ARBEITSKAMPFES

C.H. BECK 2005

Mit seinem im C. H. Beck-
Verlag erschienenen Werk „Ar-
beitskampf – Geschichte, Recht,
Gegenwart“ hat Michael Kittner
eine äußerst detailreiche und
spannende Darstellung von Ar-
beitskämpfen der deutschen Ge-
schichte vorgelegt. Vom Streik im
Gürtlerhandwerk Breslau im Jahr
1329 – der ersten urkundlich be-
legten Arbeitsniederlegung im
deutschsprachigen Raum – bis
zum gescheiterten Ostmetaller-
streik 2003 finden sich dort auf
783 Seiten 61 Konflikte zwischen
„Arbeitgebern“ und abhängig Be-
schäftigten sowie ausführliche Er-
läuterungen rechtlicher und stra-
tegischer Fragen bei Arbeits-
kämpfen.

Schon der erste dokumentierte
Streik der Weltgeschichte – die Ar-

beitsverweigerung thebanischer
Nekropolenarbeiter unter dem al-
tägypischen Pharao Ramses III. –
zeigt Kittner zufolge eine „zen-
trale Arbeitskampffressource der
Arbeitnehmer: das Vorhanden-
sein einer Organisation“. Diese
Frage zieht sich naturgemäß
durch das gesamte Werk des ehe-
maligen IG-Metall-Justitiars – von
den mittelalterlichen Gesellengil-
den bis hin zu den betriebsüber-
greifenden Organisationen der
Arbeiter in kapitalistisch geführ-
ten Fabriken, den Gewerkschaf-
ten. Gleichfalls durchgängiges
Thema ist die staatliche Interven-
tion bei Arbeitskonflikten – im
Regelfall auf Seiten des „Arbeit-
gebers“. So wurden bereits im
Mittelalter für das – individuelle
wie kollektive – „Entlaufen“ von
Knechten und Gesellen nicht nur
private, sondern auch öffentlich-
rechtliche Sanktionen verhängt.
Auch die von der französischen
Nationalversammlung nach der
Revolution von 1789 verabschie-
deten und in die deutschen Län-

der exportierten Gesetze „Loi le
Chapelier“ (1791) und „Code pé-
nal“ (1810) verboten, im Namen
der Freiheit alle Absprachen von
Angehörigen gleicher Berufs-
gruppen mit dem Ziel einer ge-
meinsamen Verweigerung der
Produktion oder Arbeit“.

Lesenswert ist Kittners „Ar-
beitskampf“ vor allem wegen der
detailgetreuen Schilderungen his-
torischer Konflikte sowie der ver-
ständlichen Erläuterung arbeits-
rechtlicher Grundlagen. In ande-
rer Hinsicht allerdings ist ein kriti-
scher Blick angebracht. So glaubt
Kittner, das Bekenntnis von Sozi-
aldemokratie und Gewerkschaf-
ten zu revolutionär-demokrati-
schen Ideen und der Überwin-
dung des Lohnsystems hätten
Unternehmer und Staat zu Zeiten
des Kaiserreichs in ihrer harten
Haltung gegen die Beschäftigten-
organisationen bestärkt. Selbst
die von der Internationalen Ar-
beiterassoziation im Leipziger
„Dreigroschenstreik“ von 1865
initiierte internationale Unterstü-

zung beurteilt der emeritierte
Professor negativ. In Deutschland,
„das sich mitten im ohnehin
schwierigen Prozess der nationa-
len Eingung befand, konnte die-
se frühe internationale Orientie-
rung den ... noch in keiner Weise
etablierten Gewerkschaften nur
schaden“, schreibt Kittner. Gleich-
es gelte für das Bekenntnis
deutscher Sozialdemokraten zur
Pariser Kommune von 1871, die
der Autor als „blutiges Ereignis,
das als hauptstädtisches Inter-
mezzo für die Entwicklung in
Frankreich praktisch folgenlos ge-
blieben war“, abqualifiziert.

Einen „roten Faden“ in der ge-
schichtlichen Entwicklung der Ar-
beitsbeziehungen vermag Kittner
nicht auszumachen. Die Ge-
schichte der Arbeitsverfassung le-
ge jedenfalls nahe, dass „Frieden
mit den arbeitenden Menschen
dem Kapitalismus kategorial
fremd ist“.

Daniel Behruzi

*Michael Kittner: Arbeitskampf. Verlag
C. H. Beck 2005, 784 Seiten, Leinen,
39,90 Euro, ISBN: 3-406-53580-1*



Foto: transit/v. Polentz

Für Stammgäste ein vertrautes Bild: Constanze Lindemann eröffnet.

Gesicht und Herz geben

Retrospektive würdigt 10 Jahre Medien Galerie in der Dudenstraße

„verbrannt – befreit – verhüllt. Der Reichstagsbrand und das neue Deutschland“ hieß die Schau, mit der die Medien Galerie im Haus der Buchdrucker in der Dudenstraße am 2. Mai 1995 eröffnet wurde. Inzwischen folgten 62 weitere thematische Ausstellungen. Deren Spektrum reichte von der Dokumentation von Arbeitskämpfen über die Würdigung historischer Persönlichkeiten, die Darstellung von Medienentwicklungen bis zu Expositionen mit Werken der Bildenden Kunst. Die 64. Schau nach zehn Jahren Medien Galerie bietet mit „Hereinspaziert! Den Dingen auf den Grund gegangen“ nun einen Rückblick und Kostproben von

Vorangegangenen. An zahlreiche Ausstellungen mit Zitaten, Auszügen, durch Einladungskarten oder Plakate zu erinnern, war Konzept und Ziel der Ausstellungsgestalterinnen Anna Schendel und Gerta Stecher.

Die Medien Galerie befindet sich im ehemaligen Buchgewerbesaal des Verbandes der deutschen Buchdrucker, der vor 1933 mit wechselnden Ausstellungen „der Kollegenschaft ständig zur Anschauung, Belehrung und Fortbildung“ dienen sollte. Daran erinnerte Constanze Lindemann, Vorsitzende des ver.di-Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg und ungekürzte spiritus rectorin der Ga-

lerie. Die von der IG Medien gegründete und von ver.di fortgeführte Galerie ist jedoch weder Museum noch bloßer Ort der Rückschau. Sie schafft im besten

Die Werte der Gesellschaft stärken

Fall den Rahmen für aktuelle Debatten und gibt Gewerkschaftern Raum, mit eigenen Veranstaltungen in die Öffentlichkeit hinein zu wirken. Die Medien Galerie solle, so hieß es zur Eröffnung programmatisch, „mit ihren Beiträgen politisches und soziales Engagement bewirken“. Künstler

und Publizisten seien dabei „engste Mitstreiter“. Dieses Credo galt auch für die Ausstellungseröffnung am 31. März.

Zwar hinderten aktuelle Tarifauseinandersetzungen den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, Grußworte zu sprechen, doch wurde die Veranstaltung weitgehend von Akteurinnen und Akteuren aus den ver.di-Kunsthauptgruppen bestritten. Und die Einführungsrede, die Burkhard Baltzer, verantwortlicher Redakteur der ver.di-Zeitschrift „Kunst + Kultur“ unter dem provokanten Motto „Keine Alternative“ hielt, regte zum Nachdenken, zu Debatten und Widerspruch an. Baltzer spannte den Bogen zurück zu den „Ursprüngen“, als Gewerkschaften immens an Kraft und Mitgliedern gewannen, doch eher „reagierten, statt zu agieren“. Er forderte Kreativität und Schöpferkraft als Quellen im Kampf gegen Niedriglöhne, für Kündigungsschutz und gerechte europäische Sozialsysteme ein – in Zeiten, wo Gewerkschaften nun allzu oft erfahren müssten: „Wer Abweichungen ins Minus bekämpft, gerät nicht zwangsläufig ins Plus“. Gewerkschaftliche Kulturstätten sollten „stadtbekannte Zentren von Kultur und Bildung bleiben und so ausgestattet sein“, dass sie dieser Aufgabe gerecht werden können, sagte er unter Beifall. Er forderte von ver.di, noch mehr für die „Stärkung der humanistischen Werte in dieser Gesellschaft“ zu tun, Kunstwettbewerbe auszuloben und um adäquate Bedingungen für die Arbeit von Kreativen und Künstlern zu ringen. Sie seien es, die „der Organisation das Gesicht geben und oft auch das Herz“. Die mögliche Alternative läge für die Gewerkschaft – wie für die Künstler schon seit langem – darin, „zu reflektieren und zu agieren“.

Agieren wurde in der Folge groß geschrieben: Horst Bosetzky, Olav Münzberg und Dorle Gelbhaar vom VS lasen eigene Texte, Henning Müller trug Bedenkenswert-Philosophisches zum Thema „Kunst entwirft im Morgen das Heute“ bei, Lutz Fußangel und Matti Klein unterhielten mit flotten Rhythmen, Wolfgang Scheuer „verzauberte“ sein Publikum.

Die Jubiläumsausstellung in der Medien Galerie läuft bis zum 28. April. Danach folgt kunsthistorisches von außergewöhnlichem Format (siehe Terminseite 15). **neh**

LESERBRIEFE

LESERBRIEFE GEBEN NICHT IN JEDEM FALL DIE MEINUNG DER REDAKTION WIEDER. SINNWÄHRENDE KÜRZUNGEN SIND VORBEHALTEN.

Zum Nachruf Carola Stern (Sprachrohr 1/06)

... normalerweise übe ich mich nicht im Schreiben von Leserbriefen. Die jüngste Ausgabe des Sprachrohrs allerdings zwingt mich dazu. Habe ich auf dieser

Welt etwas verpasst? Sind die geheimen Foltergefängnisse der CIA zu humanitären Einrichtungen mutiert? Ich bin seit 35 Jahren Gewerkschaftsmitglied... Noch heute kommt mir die kalte Wut hoch, wenn ich an den von der CIA inszenierten Putsch 1973 in Chile denke...

Im Sprachrohr 1/2006 lese ich nun einen Nachruf auf C. Stern. Ihre Tätigkeit für den CIA wird darin abgehandelt, als sei dies normalste gewerkschaftliche Ar-

beit. Es mag sein, dass dies für die Laudatoren zutrifft. Ich halte die CIA wie eh und je für eine verbrecherische – gegen den Frieden gerichtete – Organisation, die den imperialen Plänen der US-Regierung dient. In diesem Lichte sehe ich Frau Stern.

Aktive Friedenspolitik im Sinne unserer gewerkschaftlichen Arbeit kann eine solche Distanzlosigkeit gegenüber der CIA nicht tolerieren.

Peter Niggli, Journalist

Frauen sind keine Fußnote

EINLADUNG

Auch nach 100 Jahren Frauenwahlrecht keine Chancengleichheit

Internationaler Frauentag 2006: Eine Ausstellung in der Lobby der Berliner Humboldt-Uni schickte die Besucher 100 Jahre zurück – nach Finnland. Aufzubessern war in dieser einmonatigen, von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Finnland-Institut begleiteten Schau das Allgemeinwissen. Denn 1906 führte Finnland nach Neuseeland als erster europäischer Staat das Frauenwahlrecht ein. Auf großen Fahnen mit historischen Fotos und Zitaten wurde Geschichte um Hundert Jahre Frauenwahlrecht erzählt. Zu den ersten Wahlen 1907 unter Beteiligung von Frauen wurden unter 200 finnischen Volksvertretern 19 Parlamentarierinnen gewählt – auf vergilbtem Foto mit langen Röcken, strengen Blusen und straffen Haarknoten zu sehen. Obwohl in Deutschland die SPD seit 1891 das allgemeine und gleiche Wahlrecht für alle forderte, wurden Frauen erst 1918 zur Wahl zugelassen. Schlusslichter in Europa bildeten 1971 die Schweiz und 1974 Portugal. Heute sind es noch absolutistische Sultanate wie Saudi-Arabien oder das asiatische Brunei, die ihren Bürgerinnen das Wahlrecht verweigern.

Bis jetzt hat das ebenfalls in der Ausstellung zu lesende Zitat von Käthe Stöbel – 1969 bis 1972 Bundesfamilienministerin – nichts von seiner Aktualität verloren: „Politik ist eine viel zu ernste Sache, als dass man sie allein den Männern überlassen könnte“.

Kritische Teilhabe von Frauen am politischen Leben war deshalb auch Schwerpunkt eines Symposiums mit finnischen Wissenschaftlerinnen. Machen Frauen anders Politik? Wie schwer haben sie es? Ihre Netzwerke funktionieren schlechter, Rahmenbedingungen sind unzureichend, formale und informelle Diskriminierung besteht nach wie vor, waren einige der Aussagen.

Weltweit und auch in Deutschland ist Chancengleichheit von Frauen und Männern im Arbeitsleben trotz Gleichstellungsgebots im Grundgesetz nicht erreicht. Auch in Tarifverträgen werden Frauen bei Löhnen und Aufstiegsmöglichkeiten benachteiligt. Das ist ein diffiziles Problem, wie auch die März-Veranstaltung „sicht.wei-

sen“ bei ver.di zum Thema „Chancen(un)gleichheit durch Tarifpolitik“ zeigte. Mechanismen der Ungleichbehandlung über alle ver.di-Berufen hinweg aufzudecken und für diskriminierungsfreie Tarifpolitik zu sorgen, ist die Dienstleistungsgewerkschaft seit ihrem Gründungskongress 2001 schon mehrere Schritte gegangen.

So den Leistungsvergütung unter dem Gleichstellungsaspekt zu untersuchen. Noch in den 1950er Jahren vertraten bundesdeutsche Arbeitsrichter die Auffassung, „Männerleistung“ sei Normleistung, „Frauenleistung“ dagegen Minderleistung, weil Frauen eine schwächere psychische und psychische Konstitution hätten und zudem geringeres berufliches Interesse. Mit „Nasenprämien“, ge-

Das Thema ist brisant. Der Bezirk Berlin des ver.di-Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie lädt zu einer Diskussionsveranstaltung ein unter dem Motto: „Recht auf Arbeit – Recht auf Kultur. Zur Situation der Kultur in den Berliner Bezirken“. Auf dem Podium geladen sind Almuth Nehring-Venus, Bezirksstadträtin in Pankow, und Dorothea Kolland, Kulturamtsleiterin von Neukölln. Termin: **16. Mai, 18.30 Uhr**, ver.di-Haus Köpenicker Str. 30, Raum 605

ringerer Bewertung von frauendominierten Branchen oder weiblicher Führungsarbeit, mit stereotypen Leistungskriterien und „Strafpunkten“ für Familienarbeit wirkt das unterschwellig fort.

Auf diese oft versteckten Elementen werden Tarifverträge durchforstet. Neue sollen diskriminierungsfrei gestaltet werden, was auch wissenschaftliche Kriterien der Leistungsbewertung erfordert. Das geht von zeitlicher Flexibilisierung, Teilzeitarbeit und Kompetenzzuordnung bis zur geschlechtergerechten Sprache. „Es gibt“, sagt ver.di Tarifspezialistin Petra Ganser, „immer noch ausschließlich in der männlichen Sprachform geschriebene Tarifverträge, bei denen eine Fußnote darauf verweist, dass Frauen auch gemeint sind.“ Es gab Gewerkschaftskollegen, die das normal fanden und erst rebellierten, als Ganser vorschlug, es doch mal umgekehrt zu machen: alles in weiblicher Form und der Mann als Fußnote. **Bettina Erdmann**



Foto: transit/v. Polentz

Ausstellung in der Humboldt-Uni: Gestern ist noch nicht vorbei.

Doch: kein Zurück zum alten Filz

Bürgerbündnis will die Privatisierung öffentlichen Eigentums stoppen

Anfang März hat sich im Berliner Abgeordnetenhaus ein „Bürgerbündnis gegen Privatisierung“ gegründet. Das Spektrum der Teilnehmer reichte von SPD-, Linkspartei- und WASG-Mitgliedern über Aktivisten der globalisierungskritischen Organisation Attac bis zu zahlreichen Mitgliedern von Einzelgewerkschaften. Alle waren sehr motiviert, eine Gruppe kreierte ein Logo für das

Bündnis, eine andere erarbeitet Aktionsvorschläge. In den kommenden Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus will man sich mit der Forderung einmischen, die Privatisierung von öffentlichem Eigentum zu stoppen. Joachim Oellerich von der Berliner Mietergemeinschaft brachte es auf den Punkt: „Wir wenden uns gegen jegliche Privatisierung, egal ob sie in knallhart neoliberaler

Manier oder auf scheinbar sozialverträgliche Art und Weise vollzogen wird.“

Ein Schwerpunkt der geplanten Aktionen werde die Wohnungsbaugesellschaft Mitte sein, die zahlreiche Wohnungen aus ihrem Eigentum verkaufen will. Eine weitere Arbeitsgruppe setzt sich für die Rückabwicklung der Teilprivatisierung der Berliner Wasserwerke von 1999 ein. Für den

28. April bereitet Attac eine große Diskussionsveranstaltung über die Folgen der Wasserprivatisierung für die öffentliche Hand und die Verbraucher vor. Auch gegen Privatisierung im Nahverkehr, im Bildungsbereich und dem Gesundheitswesen will das Bündnis aktiv werden.

Oellerich betonte, dass es dem Bündnis nicht um die bloße Rückkehr zu alten Zeiten gehe. Eine Rekommunalisierung müsse stattdessen mit der Etablierung demokratischer Mitbestimmungsstrukturen einhergehen. Zurück zum alten Filz wolle man keinesfalls.

Peter Nowak

Offenbar ist die Geschäftsleitung des Berliner Verlags bemüht, das Unternehmen aus den Schlagzeilen zu holen. ver.di und auch die Betriebsräte befürchten Entlassungen im dreistelligen Bereich. Der erwartete Paukenschlag blieb vorläufig aus, fast schon zaghaft begann die Cheftage mit drei Kündigungen beim Anzeigentitel „Berliner Abendblatt“ in der Herstellung.

Begründung für die Kündigungen ist, dass ein Dienstleister einen Teil der Aufgaben übernimmt. Dieser Dienstleister ist nach Informationen des Betriebsrats der Berliner Verlag. Bereits im vergangenen Jahr war im Berliner Verlag nach Einführung des Blattplanungssystems PPI die sog. PPS-Gruppe gebildet worden (Herstellung sowie Blattplanung/Umbuch), die in der Anzeigenabteilung zusammengefasst wurde. Der Betriebsrat wurde von der Geschäftsleitung immer wieder vertröstet, zu Auswirkungen auf die Beschäftigten und mögliche Synergien könne noch keine Auskunft erteilt werden. Bereits seit rund drei Monate wurde das neue System aber auf diversen Rechnern installiert. „Es hieß, dies sei nur ein Test“, sagt Konzernbetriebsratsvorsitzende Renate Gensch. Doch auch dem Test hätte der Abendblatt-Betriebsrat zustimmen müssen. Zudem seien zwei der drei jetzt gekündigten auf das System nicht geschult worden. Per einstweiliger Verfügung versuchte der Abendblatt-Betriebsrat, den Einsatz des neuen Systems und da-

Scheibchenweise kürzen

Berliner Verlag: Zunächst geht es nur um drei Entlassungen



Foto: transit/Gabriele Senft

Am 6. April tagte der Aufsichtsrat der Berliner Verlagsgruppe. Die Beschäftigten der vier Blätter bekräftigten ihre Forderungen: Ausschuss betriebsbedingter Kündigungen, Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung, Anerkennung der Redaktionsstatute.

mit auch die Kündigungen, zumindest vorläufig zu verhindern. Das Gericht erließ am 3. April zwar keine einstweilige Verfügung, stellte aber klar, dass die Parteien sich per betrieblicher Vereinbarung verständigen müssten. Sollte dies nicht geschehen, droht dem Verlag eine Einigungsstelle.

Auf verbindliche Aussagen wartet der Betriebsrat auch in anderen Bereichen vergeblich. Ein erstes Treffen des Konzernbetriebsrats mit der Geschäftsleitung blieb ergebnislos, Synergien seien angedacht, aber konkret gäbe es noch keine Pläne, hieß es aus der

Cheftage. Dies wird vom Konzernbetriebsrat bezweifelt. Auch in der Anzeigenabteilung und in der Druckerei ist nach Informationen der Arbeitnehmervertreter der Einsatz von neuer Technik ge-

plant. „Dies könnte rund 40 Kolleginnen und Kollegen den Arbeitsplatz kosten“, befürchtet Renate Gensch. Im Gespräch sei auch eine Sonntagsausgabe der Berliner Zeitung. Wie damit die Einnahmen des Verlags erhöht werde sollen, bleibe aber nicht nur dem Betriebsrat schleierhaft. Auf dem engen Berliner Zeitungsmarkt wäre das Produkt nur schwer zu platzieren, während gleichzeitig die Kosten in die Höhe schnellen würden.

Die Gewerkschaften und der Konzernbetriebsrat hatten bereits im März ihre Ziele formuliert. Sie forderten von der Geschäftsleitung eine Vereinbarung über eine Beschäftigungs- und Qualitätssicherung, die Anerkennung des Redaktionsstatus der Berliner Zeitung sowie ein Vetorecht bei der Berufung und Abberufung des Chefredakteurs. Ein erstes Treffen mit der Geschäftsleitung verlief allerdings auch dazu ergebnislos. **sil**

ANZEIGE

AOK – Die Gesundheitskasse
für das Land Brandenburg

Gesundheit und Gesundheitspolitik im Land Brandenburg

Sie recherchieren, brauchen Informationen, Zahlen, Daten, Hintergründe?

Rufen Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow
Pressesprecher: Jörg Trinogga

Telefon: 03328 45-1513

Telefax: 03328 45-1514

E-Mail: joerg.trinogga@brb.aok.de

Internet: <http://www.aok.de/bra>

AOK. Wir tun mehr.

AOK
Die Gesundheitskasse.

IN EIGENER SACHE

Zeitungsmacher bleiben meist im Hintergrund. Doch hier gibt es eine Ausnahme: Unsere langjährige und zuverlässige Korrekturleserin Eva Brillke ist am 2. April 85 geworden: Hellwach und fit, mit klarem Verstand, Brille und Duden bewaffnet, sucht die ehemalige Redakteurin – im Duo mit Anemarie Görne – seit Jahren erfolgreich nach unseren Tipp- und Stilfehlern. Wir wissen das sehr zu schätzen. Auch ihre Aktivität in anderen ver.di-Bereichen. Wir gratulieren zum Geburtstag und hoffen, dass uns unser Korrektur-Engel noch lange erhalten bleibt! **red.**



Foto: transit/v. Polentz

Bewährtes und Neues ausgekramt

6. Lesemarathon des VS förderte Ende März Textvielfalt aus Autoren-Schubladen

An prominentem Ort, im Berliner Abgeordnetenhaus, eröffnete der hauptstädtische VS-Vorsitzende Prof. Horst Bosetzky am 27. März 2006 den nunmehr 6. Lesemarathon der Berliner und Brandenburger VS-Mitglieder. Schirmherr und Abgeordnetenhauspräsident Walter Momper hatte die Würde an seine Stellvertreterin Martina Michels delegiert, die nicht nur als umsichtige Gastgeberin, sondern auch selbst lesend agierte: Ihr deftiger Dialog zweier Prenzlauer-Berg-Typen aus „Frauenruhe-raum“ von Anette Gröning ergänzte die zum Auftakt thematisierten „Berliner Biographien“.

ERLEBTES UND NACHEMPFUNDENES

Eingeleitet wurden sie von Till Sailer, der in seinem Text den Thomaskantor aus Leipzig, Johann Sebastian Bach, auf dessen Reise zu Sohn Philipp Emanuel an die Spree begleitet. Vater und Sohn machen einen Abstecher nach Sanssouci. Wie die unerwarteten Gäste den traditionellen Verlauf eines Friderizianischen Kammerkonzerts durcheinander bringen, war amüsant zu hören.

Mit der Schriftstellerin Anette Kolb, eigentlich im bayerischen Badenweil zu Haus, beschäftigte sich Armin Strohmayer angesichts ihrer häufigen Berlin-Aufenthalte. Wobei die Besucherin bei Samuel Fischer versuchte, ihre Reisebeschreibungen unterzubringen. Kein reines Vergnügen für den Verleger, dem die selbstbewusste und eigenwillige Dame schon mal einen Brieföffner an den Kopf warf. Aus Holz, glücklicherweise.

Elfriede Brüning kramte in Erinnerungen an die Zeit nach dem 2. Weltkrieg, als die Vorabdrucke ihres Romans über die ersten Semester an der Arbeiter- und Bauernfakultät in der Zeitschrift Forum abgebrochen wurden. Ihre Studenten entsprachen nicht dem Idealbild, das man in jener Zeit zu entwerfen beliebte.

Gleichfalls aus eigenem Erleben entstand Jochanan Trilse-Finkelsteins Rückblick auf Flucht vor den Nazis ins Exil, letztlich nach



Brieföffner an den Kopf? Armin Strohmayer über Anette Kolb.

Shanghai. Bis schließlich Berlin sein Zuhause wurde. Ähnliches wusste Jörg Aufenanger zu berichten von „Silbermanns Reise in 90 Jahren“. Nur kehrte dieser nicht an den Hausvogteiplatz zurück, sondern ist nun in Rom daheim. Berührend die Kurzfassung, die Ursula Otten aus ihrer Biographie des „ungeliebten Lebens“ der Hannelore Kohl extra für diesen Abend verfasste. Und mutig, wie Özdemir Basargan mit seinem Text den Schleier einer nach außen glücklichen Ehe zerriss ...

Eva Brillke

KINDHEIT – DIE ZWEITE SCHUBLADE

LesArt, das Kinderliteraturhaus wenige Minuten vom Alex entfernt, war der denkbar geeignetste Ort für das Lesethema Kindheit, zu dem fünf Autorinnen am Tisch saßen. Ohne Biografisches zu schildern, merkte man doch jedem Text an, dass da Erfahrung der Schreibenden eingeflossen war. Charlotte Worgitzkys kindliche Helden erlebt Nazilehrer, Krieg und Bomben – Eindrücke für ein ganzes ferneres Leben. Jüngere Autorinnen haben solche Zeiten nicht erlebt. Also reflektierte Maria Kolenda, aus Polen stammend, das politisch aufgeladene 68er Jahr, während Anja Tuckermann in einer Berliner Kindheit das alte

Kreuzberger Milieu lebendig werden ließ. Die beiden anderen Texte, ganz in der Gegenwart angesiedelt, könnten trotz zeitlicher Nähe nicht gegensätzlicher im Ausdruck sein: Ilse S. Prick, die direkt mit jungen Menschen arbeitet, lässt eine Halbwüchsige ihre Sehnsüchte in unbekümmertem Jugendjargon dartun, während Sybil Volks die unerfüllte Sehnsucht nach Familienwärme in einem nachdenklichen, eher symbolischen Text behandelt.

Neben solchen Inhalten lagen Spannung und Reiz für die Zuhörerinnen ebenso in den unterschiedlichen Handschriften, manche ernst zugreifend, manche witzig – und doch waren auch im Erheiternden stets die Probleme der Halbwüchsigen gegenwärtig. Die Texte sind nicht für Kinder geschrieben, eher wollen sie bei Erwachsenen Nachdenken anstoßen. Keines der Lesestücke beschreibt eine sogenannte „glückliche Kindheit“.

Aber fühlen sich nicht alle Heranwachsenden irgendwann unverstanden? Nur unterscheiden sich die Probleme, mit denen sie sich herumschlagen, eben je nach dem Lauf der Zeiten. Als Erwachsene werden sie sich vielleicht dennoch einer schönen Kindheit erinnern. Verstehen das Frauen besser als Männer? Es war jedenfalls ein reiner Frauen-Leseabend.

Annemarie Görne

HEY LORELEY!

Die Lyriker scheinen bescheidene Leute zu sein. Zu bescheiden. Blieben sie schon im vergangenen Jahr weitgehend unter sich, so schien auch beim diesjährigen Leseabend im Café Lyrik in Prenzlauer Berg gar nicht geplant, ein großes Publikum zu locken. Immerhin kamen so viele, dass die Wirtin die Doppelkopfrunde im Hinterzimmer ausfallen lassen musste.

Was von den acht Vortragenden zum Thema „Aufbruch. Gedichte vom Neuanfang“ geboten wurde, war zudem hörens- und bedenkenswert. Neuerlich überwog die Reisetematik – Metapher für äußere und innere Aufbrüche. Vor allem Bahnhöfe wurden reichlich beschrieben, auch Landschaften, ob rund ums Mittelmeer, östlich der Oder, am Gebirge, im Sommerland oder einfach im Berliner Kiez Turm-/Ecke Gotzkowskystraße. Manche Verse werden, der Flüchtigkeit des Lesens zum Trotz, vielleicht im Gedächtnis haften. Wie der von den Engeln, die aus dem Trauzimmer fliehen, wenn eine Hochzeit in den November fällt (Salean Maiwald), Joachim Hildebrandts „Aber was ist ein Handy gegen eine Katze?“ oder die wiederholt formulierte Frage von Andreas Ernst Peter: „Welche Romantik haben Turnschuhe?“ Womöglich wirkt auch Ursula Kramm-Kornwalows poetischer Vorschlag nach, frierenden Gedanken die eisigen Teppiche unter den Füßen wegzuziehen, um sie in die Sonne hängen zu können, oder Udo Tifferts Einwand, das Ross, das durchgeht, „tritt auf jede Blume nur einmal“ ...

Hervorgehoben seien zwei lyrische Ausnahme-Marathonläufer: Ralf Gunter Landmesser und Wolfgang Fehse trugen tatsächlich auch Gereimtes vor, noch dazu Lächerlich-Heiteres und Wermut-Ironisches. Während Fehse in Limerick-Manier einen „Dichter aus Lettland, der morgens schwer aus dem Bett fand“ und andere Zeitgenossen skizzierte, nahm Landmesser ganz bewusst auf Harry H. aus D-dorf Bezug. Den Jubilar ehrend, hielt er mit

„Hey, Loreley“ sehr heutigen deutschen Zuständen den Spiegel vor. Ein paar Zuhörer mehr hätte das schon vertragen. **neh**

MIT SARG UND MESSER

Am Dienstag wurde es wie gewohnt mörderisch. Im stilvollen Ambiente zwischen Holzarg, Kandelabern und messergeschmücktem Lampion lasen diesmal sieben Autorinnen und Autoren. Die Kabarettistin Elke Querbeet umrahmte das Programm musikalisch.

Horst Bosetzky bewegte sich erneut auf historischem Pflaster. „Die Bestie vom schlesischen Tor“ beschreibt die Untaten des Berliner Massenmörders Karl Großmann in den 1920er Jahren. Erst aufgrund der wachsamen Neugier seiner Nachbarn kann er schließlich überführt werden.

In der Kurzgeschichte „Stimme des brodelnden Blutes“ schilderte Brigitte Hähnel, wozu eine liebeskranke, verschmähte Putzfrau fähig ist. Sie nimmt Rache und testet, wie sich ätzender Kesselsteinentferner in der Kaffeemaschine bewährt.

In „Die Leiche im Flur“ von Susanne Alge stößt die Protagonistin in ihrer Wohnung auf ein tödliches Problem. Annehmend, die Tote sei die neue Geliebte ihres Verflissenen, überlegt sie – am Ende leider vergeblich – wie sie den „Vorfall“ nutzen kann, den Untreuen zurück zu gewinnen. Eine spannender innerer Dialog darüber, dass wir gern Dinge glauben, weil wir sie glauben möchten.

Gunnar Kunz erzählt gern skurrile Geschichten. In „Selbstgespräche“ greift eine einsame, frisch verrentete Dame zum Telefonhörer und wählt ihre eigene Nummer. Als sich ihr Alter Ego meldet, entspinnt sich eine Auseinandersetzung, an deren Ende die Polizei kommen muss...

Kein Mord geschieht in Ulrich Kargers Geschichte „Ruheplätze“. Es ist jedoch glaubhaft, dass der geplagte Protagonist noch zum Messer greifen wird angesichts der quengelnden, vorwurfsvollen Frauenstimme, die ihn bis zu seiner Lieblingsparkbank verfolgt.

Ruth Fruchtmann weidet sich in „Der Lustmord – eine Kreuzberggeschichte“ an blutigen Details. Hasserfüllt denkt die Hauptfigur an den Abtrünnigen. Dabei spielen Stichworte wie Fleisch-

wolf oder Männerpüree eine zentrale Rolle. Welch wollüstige Freude kann es bereiten, Theorie in Praxis umzusetzen!

Den Abschluss bildete Jan Eik, der den Abend auch moderierte. In „Herz und Schmerz“ nimmt er die heiße Liebe einer Polizistin zu ihrem Kater Prinz aufs Korn. Als sie ihren Liebhaber verdächtigt, das Tier gemeuchelt zu haben, erfüllt sich dessen Schicksal – dabei wollte er doch eigentlich nur das Beste. – Ein gelungener Abend, gut besucht und wohl-schmeckend abgerundet durch einen Leichenschmaus, gesponsert vom Bestattungsinstitut Otto Berg. **Ute C. Bauer**

DIE POESIE DES ALLTÄGLICHEN

Ein stimmungsvoller Abend im reizvollen Ambiente des von Schließung bedrohten Centre Bagatelle in Berlin-Frohnau erwartete die Zuhörer. Die außergewöhnliche fünfte Lesung „Oskar Loerke“ lüftete das Geheimnis um einen Mann, nach dem in Frohnau eine Brücke benannt ist und an dessen früherem Wohnhaus

Loerkes Leben war geprägt von dem Zwiespalt zwischen Beruf und Berufung, dem Zwang des Geldverdienens und der Sucht des ewigen Schreibens – ein schweres, hartes und oft verzweifeltes Ringen in seinem heiß geliebten Berlin, wo er ab 1929 in Frohnau lebte. Nach seinem Studium u. a. der Germanistik arbeitete er für Berliner Zeitungen und war schließlich Lektor beim Fischer Verlag. Sein Inneres vertraute er seinem Tagebuch an, seine Stimmungen schrieb er in poetischen Gedichten nieder. Immer wieder waren es die Bilder der Großstadt, die ihn nicht losließen. Er sah sie als „Teil der Natur“, wie in dem Gedicht Blauer Abend in Berlin: „... Die Menschen sind wie grober bunter Sand im linden Spiel der großen Wellenhand.“. 1911 erschien sein erster Gedichtband, 1936 sein siebenter. 1929 wurde Loerke Mitglied der Akademie der Künste und erhielt 1930 den Kleistpreis – wegen der trotzigen, kräftigen Sprache mit musikalischem Gehalt, wie es in der Laudatio hieß. Hesse nannte ihn einmal „die stärkste lyrische Kraft“, und Thomas Mann sandte ihm zu

DER AUTOR MUSS SICH MIT SEINEM TEXT DURCHSETZEN

Zum dritten Mal bildete eine Podiumsdiskussion „Literatur jenseits von Bestsellerlisten und Fernseh-talks“ den Abschluss des Lesemarathons. Neben Moderator Salli Sallmann (rbb, Kulturradio) hatten Patricia Holland-Moritz von Alegria in den Ullstein-Buchverlagen, Diethelm Kaiser von der Nicolai'schen Verlagsbuchhandlung und Wolfgang Hörner von Eichborn Berlin Platz genommen. Lektoratstätigkeit stand im Mittelpunkt der Debatte, noch genauer die Frage, wie Lektoren bei der Masse der ihnen angebotenen Manuskripte die Spreu vom Weizen trennen. Dass unter hundert unverlangt eingesandten Manuskripten etwa eines vom Verlag tatsächlich gemacht werde, ließ Diethelm Kaiser wissen, und dass eine genauere Recherche der Autoren – welcher Verlag macht welche Bücher und welcher Verlag passt zu mir? – mitunter Arbeit und Enttäuschung ersparen könne, ergänzte Wolfgang Hörner.

Dass Begutachtung immer subjektiv sei und der Lektor freilich auch irren könne, räumte Patricia Holland-Moritz ein, die zugleich die Praxis schilderte, dass sich Lektoren interessante Manuskripte innerhalb des Hauses schon mal gegenseitig weiterreichten. Autoren, speziell Neulingen, wurde empfohlen, sich auf Wettbewerbe wie dem mdr-Literaturwettbewerb Gutachten und Bewertung einzuholen, damit Standardablehnungen von Verlagen nicht ungerechtfertigt abschrecken. Man könne, so Kaiser, nicht ausschließen, dass bei der Bewertung „Ungerechtigkeiten passieren“, ein Autor müsse sich „mit seinem Text nach wie vor durchsetzen“. Der Lektor habe eine relativ große Freiheit, Macht und Verantwortung, erläuterte Hörner, doch die könne an ökonomischen Zwängen enden, die die Vertreterkonferenz eines Verlages mitunter seismographisch signalisierten. Dass nicht nur junge, sondern auch ältere Schreibanfänger bei Lektoren eine Chance hätten, versicherte das Podium übereinstimmend. Ausdauer sei gefragt und Geduld. Von Reich-Ranitzky stamme wohl das Bonmot, es mit einem neuen Buch zunächst mal bei 15 Verlagen zu versuchen...

neh



Geduld empfohlen: Holland-Moritz, Sallmann, Kaiser (v. r.)

Kreuzritterstraße 8 zwei Gedenktafeln hängen. Der heute fast vergessenen Dichter (1884 – 1941) wurde von der Lyrikerin und Biografin Jutta Rosenkranz und dem Schauspieler Frank Ciazynski ins Gedächtnis zurückgeholt – mit einer einfühlsamen Schilderung von Loerkes Leben und mit Rezitationen aus seinem Gedichtrepertoire. Musikalisches aus Werken von Bruckner und Bach rundete den Abend ab.

seinem 50. eine Grußbotschaft. Enttäuscht von der politischen Entwicklung in Deutschland, zog er sich immer mehr zurück und brach 1939 seine Tagebuchaufzeichnungen ab. Als er am 24.2.1941 starb, würdigte ihn Peter Suhrkamp mit bewegenden Worten. Ein Ehrengrab auf dem Frohnauer Friedhof in der Hainbuchenstraße unter Haselnusssträuchern und ein Stein vom Fischer Verlag sind geblieben. **c.ap**

Film läuft für Babe

Lebendige Medienstadt sorgt mit einer Vielzahl kreativer Unternehm



Bild 1

Bild 2

Bild 3

Bild 4

Die Medienstadt Potsdam-Babelsberg zeigt sich höchst lebendig. 110 Unternehmen und Einrichtungen der Medienwirtschaft sind am Standort der alten UFA-Studios zuhause. Bei internationalen Filmproduktionen und TV-Serienformaten hat Babelsberg deutschlandweit die Nase vorn. Die „Neue Film 2“ ist mit ihren denkmalgeschützten Hallen bereit für Produzenten aus Hollywood. Digitale Medienbereiche entwickeln sich zu gefragten Dienstleistern. Gut die Hälfte der Unternehmen erwartet steigende Umsätze, rund ein Viertel plant neue Arbeitsplätze. Die Hochschule für Film und Fernsehen (HFF) „Konrad Wolf“ bietet exzellente Ausbildung. Eine Stippvisite.

Jeder Wochentag ein Drehtag. In den **UFA-Studios** wird als eines von acht ständigen Serienformaten „Tessa – Leben für die Liebe“ für das ZDF produziert. An jedem Wochenende müssen fünf Folgen einer Telenovela à 33 Minuten fertig sein. „Wir leben praktisch hier“, lächeln Hauptdarstellerinnen Joana



Wirtschaftsminister
HFF: Digitales Farb
atelier für die Ausb

Schümer und Susanne Berckhemer, (Foto oben) stopfen in ihrem Filmsalon die Textbücher hinter die Sofakissen und stoßen – drehbuchgemäß – mit Schampus an. Innen- und Außendreh sind in einem komplizierten Verfahren aufeinander abgestimmt. Zur industriellen Fertigung hat die UFA Film & TV-Produktion ihre neu für den deutschen Markt entwickelten Serien-

formate ausgebaut. Alle Sender werden gleichermaßen bedient. Mit den Telenovelas kamen zu den 540 Beschäftigten 350 dazu. Rund 180 Autoren rudern mit im Serienboot. „Im Rotationsprinzip schreibt

Bilanzpressekonferenzen sind oft für Aktionäre Jubelmomente, für Arbeitnehmer aber ein Trauertag, denn: Zweistellige Gewinnsprünge stehen weiterem Arbeitsplatzabbau gegenüber. Dass es auch anders geht, zeigt die Studio Babelsberg AG.

Das weltweit älteste Großatelier-Filmstudio hat 2005 den Umsatz auf 43,2 Mio. Euro gesteigert und einen Jahresüberschuss von 2,6 Mio Euro erwirtschaftet. Mit liquiden Mitteln von rund 13 Mio Euro stand das Unternehmen im ansonsten zyklisch-anfälligen Filmgeschäft ziemlich gut da. Mit der Erweiterung der Studiokapazitäten hat sich im letzten Jahr die Innenfläche auf insgesamt 25.000 m² und die Außenfläche für Dreh auf 17.000 m² verdreifacht. Damit bietet Studio Babelsberg die

Studio Babelsberg im Aufwärtstrend

einmalige Möglichkeit, zwei Großproduktionen parallel am Standort zu bedienen.

Die Chancen zur Auslastung stehen nicht schlecht: Studio Babelsberg rechnet dieses Jahr mit zwei europäischen und zwei deutschen Kinofilmproduktionen und mindestens zwei mittleren oder gar einer US-Mega-Produktion. Fernsehmäßig ist die im letzten Jahr an die Börse gegangene Firma durch den Umbau des Tonkreuzes in einen hochmodernen TV-Studiokomplex ohnehin gut aufgestellt. Gleich zwei der Telenovelas werden am Standort vom Marktführer Grundy UFA produziert. Ein Plus auch bei Werbefilmen. Event- und Messebau ergänzen das klassische Film-

und TV-Geschäft perfekt. Für dieses Jahr erwarten die beiden Eigentümer und Vorstände Carl Woebcken und Christoph Fisser eine weitere Umsatzsteigerung um 20 Prozent auf ca. 50 Millionen Euro.

Und die Beschäftigten? Deren Zahl ist zwar im Vergleich zu Vivendi-Zeiten (2004) leicht zurückgegangen, allerdings kommt der Betriebsrat mit Auszubildenden und Pauschalisten auf 176 dauerhaft Beschäftigte bei den gerade laufenden Betriebsratswahlen. Vorsitzender Jan-Peter Schmarje kann auch kein Haar in der Bilanzsumme der AG entdecken, im Gegenteil: „Wir sind sehr erfreut über das positive Ergebnis“, sagt er. Zumindest sei damit ein Verzicht auf Weih-

nachts- und Urlaubsgeld vom Tisch. Denn der Tarifvertrag sieht das nur vor, wenn von 2003 bis 2005 das Unternehmen drei Jahre lang rote Zahlen schreibt.

Optimismus der Babelsberger Studio-Mitarbeiter hat auch noch einen anderen Grund: Sie verdienen nicht nur durch Löhne und Gehälter am Aufschwung der Firma mit, sondern auch durch steigenden Aktienwert. Seit dem Börsengang ist der Kurs der Studio Babelsberg-Aktie von zunächst einem Euro auf mittlerweile knapp drei Euro gestiegen. Jeder Studio-Beschäftigte hatte zum Börsengang 1.000 Anteile erhalten – bis November besteht für jeden Mitarbeiter noch eine Option, zu Vorzugsbedingun-

Babelsberg

Maßnahmen für Wirtschaftswachstum

einer Story-Lines, ein anderer am Drehbuch, ein nächster feilt die Dialoge aus etc.“ beschreibt Geschäftsführer Rainer Wemcken von Grundy UFA Arbeitsteilung und „Kreativität innerhalb von Grenzen“. Attraktive Unterhaltung verbinde sich mit neuen Programmmarken. Wemcken gibt solch neu-

Fotos: transitiv, Polentz



Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (Mi.) in der neuen Farbkorrekturstudio und Tonmischstudio. Die Ausbildung sind Welthochstand.

standardisierten Produktionsverfahren als Wirtschaftsfaktor große Zukunft. Nur so seien 2500 gesendete Programmstunden pro Jahr zu bewältigen, mit denen die UFA Marktführerschaft behauptet.

gen weitere Aktien zu erwerben.

Selbst die „Auslagerung“ der defizitären Babelsberger Bereiche Kopierwerk und Postproduction in die strategische Allianz des Studios mit der US-Gruppe Medici und ihrer deutschen Dependence Elektrofilm ängstigt Schmarje nicht. Der Arbeitnehmervertreter hat bereits mit dem Betriebsrat von Elektrofilm Kontakt aufgenommen, ein geregelter Übergang von 29 der Babelsberger KollegInnen im nächsten Jahr wird durch Interessenausgleich abgefedert. Und: Durch die internationale Studio-Medici-Allianz hofft auch Schmarje, künftig das zu vermeiden, was die Kopierwerker in den letzten sechs Monaten durchlitten: Kurzarbeit! Sein Fazit: „Es kann nur besser werden.“

maru



Im nahezu ausgelasteten Medienhaus gegenüber mit 2900 m² Nutzfläche, dem **fx. Center für digitale Technologien**, haben sich kleine kreative Firmen und das Medienboard angesiedelt. Hier bekommen Filme in der Post-Production den letzten Schliff. „Nachbearbeitung ist günstiger statt teurer Wiederholung von Außendreh“, erklärt Olaf Skrzypczyk, Geschäftsführer von **Exozet** (Bild 1), dessen drei Unternehmen mit hochkomplexer Software vernetzt und einem 2-Terabyte-Speicher ausgerüstet sind. Über 30 Spielfilme haben die mehr als 60 Beschäftigten schon bearbeitet. Etwa 60-130 Einstellungen werden pro Film korrigiert. So wurden bei „Tessa“ Landschaft und leidenschaftliche Mimik stimmig gemacht, bei „Sommer vorm Balkon“ Atmen und Blinzeln einer gerade Hingeschiedenen beseitigt. Skrzypczyk ist gelernter Kameramann und weiß, was Regisseure wollen. Auch Wissenschaft machen er und seine Mitstreiter populär. So wird an der Visualisierung eines NASA-ESA-Weltraumprojektes gearbeitet, das 2014 ins All soll. „Ein halbes Jahr braucht es von der Idee bis zur Fertigstellung unserer Animation. Alles muss virtuell gebaut werden.“ 3-D-Programme stellen höchste Anforderungen, beruhen auf Algorithmen, sind eine Symbiose aus Technik und Kunst. Das gilt auch für interaktive Projekte, wie etwa einen Wolf per Computer zum Sprechen zu bringen. Oder für den Nachbau des Silberpfeils vor der Avus-Nordkurve samt Simulation echten Fahrverhaltens des legendären Rennautos. Skrzypczyk liebt den Standort Babelsberg, hat er hier doch bereits 1980 als junger Film-Assistent begonnen. „Wir haben seine schweren Zeiten mit überlebt, freuen uns jetzt über die stabile Situation. Die Aufträge steigen, wir haben Kunden von überallher.“



Bei **Telefactory** werden alte Streifen wieder fit gemacht. Das Unternehmen hat für digitale Restaurierung eine deutschlandweit einzigartige superschnelle Maschine (Bild

Kommentiert: Schatz-Kammer

Hinter den Kulissen der „Traumfabrik“ knirscht es – zumindest suggeriert das der gerade von der Studio Babelsberg AG herausgegebene Bilanzbericht: Man habe Verträge für die Hallen des berühmten Requisiten- und Kostümfundus zum 31.12.2006 gekündigt, aber ein Umzug sei nicht sinnvoll. Bedrohlich „gerüchtete“, dass es auch beim Gelände des Kopierwerkes nicht zum Besten steht. Vivendi verkaufte seinerzeit nicht nur das Studio an die Neubesitzer, sondern die „restlichen“ Immobilien an Filmparkchef Friedhelm Schatz. Der hat tolle Visionen, Pech: Die Grenzen zwischen Studio und dem „Rest“ sind nicht

klar. Nun sind Anfang April die Querelen gelöst, wie die Filmpark-Pressestelle mitteilte. Von „Flächentausch“ und einer positiven Zusammenarbeit der „Standortpartner“ ist die Rede. Ein Sieg der Vernunft! Denn die Medienstadt ohne dominanten Player kann sich nun als Beispiel für vernetztes Wachstum und Symbiose gleichberechtigter Firmen profilieren. Zumindest kooperieren Studio Babelsberg und die HFF nach Aussage beider Seiten „hervorragend“ – ähnlich wie UFA und Studio. So wird die Wiege des deutschen Films nicht nur Kronjuwel eines Schatzmeisters, sondern eine Schatzkammer für alle. **maru**

2), mit der man perfekt „einen Film wieder gerade stellen kann“, wie Geschäftsführer Jens-Theo Müller erklärt. So werden Edgar-Wallace-Filme der 70er Jahre in ihre Einzelbilder zerlegt, bearbeitet und wieder zusammengesetzt. Auch weit aus historischere Streifen wie Dokumentationen aus den Wochenschauen der Nazi-Zeit werden so noch einmal „angefasst“. Praktisch könnten alle Bestände aus Filmarchiven so einer Verjüngungskur unterzogen und modernen Sehgewohnheiten angepasst werden. Zwar wachse das Interesse daran, doch das Potenzial sei bei weitem nicht ausgeschöpft. „Der Polizeiruf 110“ beispielsweise wird bei Wiederaufführung nicht angefasst“, bedauert Müller. „Aber es müsste getan werden.“ Alles nach seiner Ansicht eine Frage der Zuständigkeit, der Sensibilisierung und Abwägung der Kosten. „Wir hoffen auf steigende Umsätze.“



Witzig und winzig: **Micro Movies**, seit Ende 2005 am Markt, produziert als eines der ersten europäischen Unternehmen Filme fürs Handy. „Natürlich nicht abendfüllend“, wie Geschäftsführer Dr. Jasdán Bernward Joerges sagt, sondern 30-Sekunden-Clips zur Unterhaltung zwischendurch. „Du haust mich um“ oder „Romeo und Julia“ ist schon in Kurzfassung mit „richtigen Schauspielern“ zu haben. Der Markt sei groß, mit der Veränderung des Nutzerverhaltens steige

die Nachfrage nach kleinen Formaten. Auch Firmen entdeckten Mini-Handy-Filme als Auftragsproduktionen für sich. 1,99 Euro soll ein Download kosten, als Partner sieht Joerges u.a. t-online oder Google. „Unser Geschäft läuft an, noch in diesem Jahr erwarten wir ein positives Ergebnis. In der Babelsberger Vernetzung sind wir genau richtig.“



Studio Babelsberg ist ein gewaltiges Stück zum größten europäischen Studiokomplex gewachsen. Die „Neue Film 2“-Hallen auf dem Außengelände an der Großbeerstraße übertreffen mit 21.000 m² sogar die Dimensionen der James-Bond-Halle (Bild 3). Für zwei Millionen Euro wurden denkmalgeschützte Fabrikbauten des ehemaligen Karl-Marx-Lokomotivwerkes innerhalb eines Jahres für Dreharbeiten hergerichtet. Beifall ist zwecklos, extra aus Hollywood eingeflogene Spezial-Schallisolierung schluckt jedes Geräusch. Seit April wird vor den Mega-Studios in der Außenkulisse einer Holzbarackenstadt (Bild 4) von Magnolia Film der 4-Mio-Euro-Streifen „Der Fälscher“ gedreht.

Babelsberg gibt insgesamt ein „ziemlich optimistisches Bild“ ab, schätzt **Pro Babelsberg** Geschäftsführer Andreas Vogel ein. Auch Brandenburgs Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns sieht es so und sagt der Wachstumsbranche weitere Unterstützung der Landespolitik zu. **Bettina Erdmann**

KURZ

Brandenburgische Anthologie erschienen

Auf der Leipziger Buchmesse wurde sie der Öffentlichkeit vorgestellt: Die vom Landesverband Brandenburg im Verband deutscher Schriftsteller (VS) herausgegebene Anthologie vereint „Geschichten aus der Streusandbüchse“ von 24 Autorinnen und Autoren. Die Texte sind so verschieden wie jene, die sie aufgeschrieben: Da finden sich Erzählung und Reportage, biografische Skizze und musikwissenschaftliche Betrachtung mit poetischen Kontrapunkten, Gedicht und Erinnerung. Eine ausführliche Rezension folgt.

Verband deutscher Schriftsteller (VS), Landesverband Brandenburg. *Geschichten aus der Streusandbüchse*, 240 Seiten, Paperback, Findling Verlag 2006, 10 €, ISBN 3-933603-38-2

ver.di-Literaturpreis erneut ausgelobt

Der mit 5000 Euro dotierte Berlin-brandenburgische ver.di-Literaturpreis wird 2006 im Genre Kinder- und Jugendliteratur verliehen. Eine Bewerbung dafür kann durch Verlage, Literaturvereine, durch Autoren selbst oder Dritte erfolgen. Bedingung ist, dass die deutschsprachigen Bücher innerhalb der letzten drei Jahre erschienen sind und die Autoren ihren Hauptwohnsitz in Berlin oder Brandenburg haben. Einsendeschluss für Kinder- oder Jugendbücher (werden nicht zurückgesandt) ist der **30. Juni 2006**. Adresse: ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Fachbereich 8 / VS, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

Fast vergessen

In der VS-Reihe „Fast vergessene SchriftstellerInnen“ wird im Juni Alice Berend (1875-1938), von Ursula El-Akramy vorgestellt. Alice Berend begann ihre Karriere beim Berliner Tageblatt. Als Verfasserin humoristischer Romane wurde sie in den zwanziger Jahren Erfolgs-Schriftstellerin im S.Fischer-Verlag. 1933 emigrierte die Autorin nach Florenz, wo sie verarmt starb. (Siehe Terminseite 15)

Wenn es gegen Faschismus geht

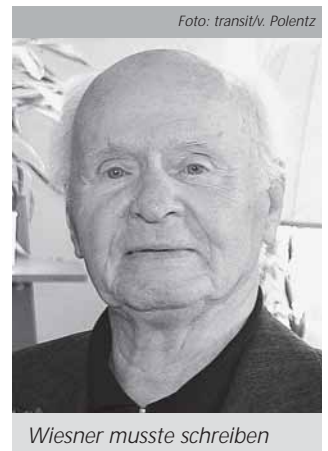
Zum Tod des Potsdamer Schriftstellers Otto Wiesner (1910-2006)



In einer Umfrage wurde Otto Wiesner gefragt, ob man seine Bücher lesen müsse. Seine Antwort lautete: „Wenn es gegen den Faschismus geht, ja!“ Der das sagte, hatte die Jahre 1934 bis 1945 in Zuchthäusern und Konzentrationslagern zugebracht, u.a. im KZ Sachsenhausen. Der kleine Mann, der immer eine pffiffige Bemerkung auf den Lippen hatte, gehörte zu jenen, die überlebten, um Zeugnis abzulegen. Das tat er in Büchern wie dem Roman „Lasst nicht mehr zu, was wir an Last getragen“, dem Erzählungsband „Der Ausbruch der Unsichtbaren“ oder dem Jugendbuch „Ponny und der Groschenkrieg.“

Wiesner wurde 1910 in Hamborn am Rhein in eine Arbeiterfamilie geboren und erlernte den Beruf des Schriftsetzers. Er trat 1924 in die Gewerkschaft, 1926 in den kommunistischen Jugendverband und 1928 in die KPD ein. 1934 wurde er in Berlin als Mitglied einer Widerstandsgruppe

verhaftet, zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, in verschiedene KZ überführt und erst 1945 in Mauthausen befreit. Seit 1945 lebte er in Potsdam, war Abgeordneter der SED im Brandenburger Landtag und Vorsitzender des Brandenburger Landesverbandes der FDJ. Von 1955 bis '60 leitete er die Gedenkstätte für das Potsdamer Abkommen in Cecilienhof. Seitdem widmete er sich zunehmend dem Schreiben, zunächst als „schreibender Arbeiter“, schließlich als freiberuflicher Autor. Seit 1964 war er Mitglied des Schriftstellerverbandes der DDR, ab 1991 des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) und trat in zahllosen Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet als Zeitzeuge auf. Bei der Feier zum 95. Geburtstag im August 2005, organisiert von der Lagergemeinschaft ehemaliger Häftlinge des KZ Mauthausen, würdigte Ministerpräsident Platzeck die umfangreiche Aufklärungsarbeit des Jubilars: „Was kann nachhaltiger wirken als die Erzählungen eines Überlebenden. Ich bewundere Otto Wiesner für seine Furchtlosigkeit gegenüber den Nazis und empfinde allergrößten Respekt vor seinem Widerstand.“



Wiesner musste schreiben

Wiesner, der in den letzten Jahren im Potsdamer Käthe-Kollwitz-Heim wohnte, trug sich im November in das Goldene Buch der Stadt Potsdam ein. Schön, dass er diese Ehrung noch erleben konnte. Am 1. Februar starb er.

Wir verlieren einen sympathischen, humorvollen Kollegen, der schreiben musste, um Unbeschreibliches festzuhalten. Er hatte etwas von dem kleinen David mit der Steinschleuder. Mögen seine Bücher stets ihre Leser finden – vor allem, wenn es gegen den Faschismus geht. **Till Sailer**



W. Mittmann (1939 – 2006)

Wolfgang Mittmann war Hauptkommissar der Kriminalpolizei. Im Jahre 1990 schied er aus dem Polizeidienst aus, machte sein Hobby zum Beruf. Er schrieb. Und was er schrieb, war höchst bemerkenswert. Mit an Pedanterie grenzender Genauigkeit recher-

Sich treu geblieben

chierte er Fälle, die er unter dem Generaltitel „Große Fälle der Volkspolizei“ herausgab. Fünf Bände sind im Verlag „Das Neue Berlin“ erschienen, der sechste war, als er starb, noch im Druck. So hat er sein letztes Buch nie in den Händen gehalten. Doch er war besessen von seiner Arbeit, hatte den Kopf noch voller Pläne.

Wenn einst der Tag kommt, an dem man vorurteilsfrei und ohne diffamierende Absicht die Geschichte der DDR aufarbeitet, werden die Bücher von Wolfgang Mittmann wesentlich zur Wahrheitsfindung beitragen.

Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen haben in würdigen Nachrufen seiner gedacht. Er war bekannt, aber vor allem beliebt.

Trauerreden nehmen allzu oft den Charakter einer Laudatio an.

Bei Wolfgang hat das seine Berechtigung. Er war ein Mensch, der sich selbst treu geblieben ist, der sich nicht verbiegen ließ, dem Anbiederung fremd war. Mit Waltraut, seiner Frau, lebte er 46 Jahre in glücklicher Ehe. Seine Kinder, wohlgezogen, wohlgeraten, leben nun schon im eigenen Haushalt. Uns, seinen Kolleginnen und Kollegen, war Wolfgang ein treuer Freund. Ich kannte ihn seit vierzig Jahren. Ihm konnte man bedenkenlos Hab und Gut und seine tiefsten Geheimnisse anvertrauen. Einen wie ihn zu verlieren, heißt Lebensqualität zu verlieren. Wolfgang wusste, dass er sterben wird. Ihm war ein sanftes Übergleiten nicht vergönnt. Er litt unter unsäglichen Schmerzen, sah im Tod den Erlöser. Wolfgang wird uns fehlen. **Dorothea Kleine**

VORMERKEN

Musikschullehrer/in:
Beruf oder Ehrenamt?

Unter diesem Motto wird unsere Mitgliederversammlung am 23.6.06 um 10 Uhr im ver.di-Haus Köpenicker Str. 30 stattfinden. In Anbetracht der vielen Probleme, wie drohende Honorarkürzungen, Musikschulverkleinerungen, Schließung von Standorten, Raumnot u.a., ist es wichtig, Strategien zu entwickeln, wie man unseren Beruf noch zum Broterwerb ausüben kann. Vor lauter Berufssicherung soll das Thema Ehrenamt nicht zu kurz kommen: Turnusmäßig stehen Vorstandswahlen an. Es erübrigt sich fast zu sagen, dass es sinnvoll ist, wenn möglichst viele Mitglieder ihr Votum, ihre Meinung und Aktivität einbringen. Siehe auch Terminseite 15. **Ulrike Philippi**

MusikschulTag 2006

Nach einer Verschnaufpause im Vorjahr wird im Roten Rathaus am 14. Mai 2006 von 14.00 bis 18.00 Uhr der 4. Berliner MusikschulTag veranstaltet. Er steht diesmal unter dem Motto „musik macht menschen“.

In der politischen Diskussion mit Vertreter/innen aus Politik und Musikschule wird es um das wachsende Missverhältnis von erwarteten Qualitätsanforderungen einerseits und sinkender Ausstattung im Finanz-, Personal- und Sachmittelbereich gehen. Weitere Informationen: www.berliner-musikschultag.de

Der Senat hat mit der Wirtschaft – Handwerkskammer Berlin, IHK Berlin, Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. – und der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit die sogenannte Positivliste für Ein-Euro-Jobs vereinbart. Darin werden Einsatzfelder für Zusatzjobs aufgeführt, die keine negativen Auswirkungen auf den regulären Arbeitsmarkt haben sollen. Bei der Positivliste für „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“, kurz MAE, handelt es sich um Einglie-

Honorare auf der Kippe

Keine Einkommenskürzungen bei Berliner Musikschullehrkräften



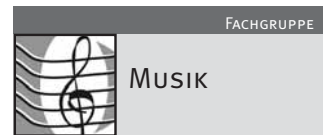
Protest im ver.di-Haus – Resolution an den Senat

Der Senat überlegt, wie er die Honorare der Berliner Musikschullehrerinnen erneut dauerhaft senken kann. Die 1997 durch Senatsbeschluss zugesicherten Erhöhungen im Zusammenhang mit den Tarifabschlüssen im Öffentlichen Dienst sind bereits seit 2002 ausgesetzt. Im Gespräch ist eine Übernahme der Regelungen, wie sie bei der Volkshochschule gelten: geringere Honorare, keine Fortzahlung bei Krankheit, keine Anpassung, individuelle Aushandlung der Bezahlung für die Ausbildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen.

Die Lehrerinnen und Lehrer sind sauer und zeigen entschlossene Abwehrbereitschaft. Am 24. März

2006 haben sie sich im Gewerkschaftshaus von ver.di versammelt und eine Resolution verabschiedet, in der sie den Senat auffordern, „keine Absenkung der Honorare vorzunehmen, an der Bindung der Honorare an den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes festzuhalten sowie die Fortzahlung im Krankheitsfall weiterhin unvermindert zu gewährleisten.“ Außerdem haben sich viele Kolleginnen und Kollegen bereit erklärt, gemeinsam mit ver.di öffentlichkeitswirksame Gegenmaßnahmen zu organisieren, wenn sich der Senat nicht bewegt.

Seit 1985 wurde der Mangel an festen Stellen durch eine Honorarorientierung an den Tarifab-



schlüssen des öffentlichen Dienstes – einschließlich der Erhöhungen – zumindest teilweise kompensiert. Zudem gibt es eine Fortzahlung im Krankheitsfall, weil die meisten Honorarkräfte in Art und Umfang wie Angestellte arbeiten.

Aus der Senatsverwaltung für Inneres ist nun zu hören, dass dieses Verfahren aufgegeben werden soll. Bildungsminister Böger hat sich noch nicht geäußert. Ein erstes Gesprächsangebot erreichte uns jedoch kurz vor Redaktionsschluss.

Es gibt allerdings bisher keine Signale, wonach etwa an Verbesserungen für die unfreiwillig freiberuflichen Lehrkräfte gedacht ist. Im Gegenteil: Die Überlegungen gehen in Richtung Absenkung und dann Einfrieren auf unbestimmte Zeit.

Der Senat ist nun aufgefordert, die geltende Regelung zur Honoraranpassung endlich wieder anzuwenden, die zugesagten Erhöhungen nachzuholen und einen vernünftigen Vorschlag zur Verbesserung der sozialen Sicherung, insbesondere des Mutterschutzes (Weiterzahlung und Weiterbeschäftigung) und der Alterssicherung vorzulegen. Die Berliner Musikschullehrer/innen sind kampfbereit.

Stefan Gretsche
mehr: www.fg-musik.de

Alles positiv?

Keine Konkurrenz mit Ein-Euro-Jobs dulden

derungsmaßnahmen für ALG-II-Empfänger/innen im öffentlichen Bereich.

Berliner Musikschullehrkräfte horchen auf: Hier sollen Personen mit zusätzlicher Arbeit beschäftigt werden, möglicherweise einer Arbeit, die viele Honorarkräfte der Berliner Musikschulen ganz regulär leisten. In der Liste sind

Einsatzfelder benannt, die musikpädagogische Tätigkeiten vermuten lassen. Im „Einsatzbereich Bildung, Jugend und Sport“ ist das „Einbringen eigener Kompetenzen, z.B. kreativer, künstlerischer Art, Musik, Bewegung, Sprache“ gefragt, es wird „zusätzliche Betreuung von Musikinstrumenten-Unterricht, Chor“ aufgeführt. Da-

durch könnten die freiberuflichen Musikpädagoginnen und -pädagogen, denen ein Tarifvertrag mit dem Senat von Berlin stets verweigert wurde, in einen unwürdigen Verdrängungswettbewerb mit Ein-Euro-Jobberinnen und -Jobbern geraten. Noch sind keine Fälle bekannt, doch gilt es, den Anfängen zu wehren. Wir erwarten, dass musikpädagogische Angebote den Musikschullehrkräften vorbehalten bleiben. Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen muss tätig werden. Ohne Preisdumping! **BTZ**

Reicht die Rente fürs Altwerden?

Zum Narren gehalten: Noch immer ist die Lobby für Senioren nicht stark genug



ARBEITSKREIS

AKTIVE
SENIOREN

Die Bezeichnung Senioren wird heutzutage im Allgemeinen für die Bevölkerungsgruppe verwandt, die das Erwerbsleben hinter sich hat. Bewertet wird ihre Rolle sehr unterschiedlich. Früher waren die Älteren in der Gemeinschaft hoch geehrt. Heute sieht es etwas anders aus. Leider werden die Senioren von der Politik seit Jahren zum Narren gehalten. Ständig sinkt die Kaufkraft unserer Renten. Erst wurden die Altersbezüge von Brutto auf Netto umgestellt; dann kam mit einer Rentenreform ein neuer Berechnungsfaktor; dann folgten zwei Rentena(b)passungen; dann kam die Riestertreppe. Obwohl stets anders genannt, bedeutet das alles „Rentenkürzungen“. Die großartigste Erklärung dafür ist der „Demografische Faktor“. Es gäbe zu viele Rentner in Deutschland.

Nein, daran liegt es nicht. Wir haben sieben Millionen Arbeitslose und dadurch zu wenig Einzahler in die Rentenkassen. Die Zahl sozialversicherungspflichtiger Verdienender sinkt, die Löhne wer-



Flagge zeigen im Alter

den durch Billigarbeitsplätze gedrückt; aber die Unternehmergewinne steigen rapide, da die Lohnstückkosten in Deutschland ständig sinken, genau wie das Steueraufkommen der Unternehmer. Wir Rentner, ohne nennenswerte Lobby, werden neuerlich zur Kasse gebeten, sollen jetzt auch Steuern zahlen. Jedes Jahr mehr,

bis 2040 sollen es 100 Prozent sein. – Wie wird es der nächsten Rentengeneration ergehen? Viele Beschäftigte mit niedrigen Löhnen können für die empfohlene Riester-Vorsorge kein Geld aufbringen. Arbeitnehmer, die mit Anfang 50 ihre Arbeit verloren haben, Arbeitslosengeld II erhalten, ihre Ersparnisse „aufessen“ müssen und mit 60 zwangsweise mit Abschlägen und lückenhafter Erwerbsbiografie berentet werden, sind der Altersarmut ausgeliefert.

Wo bleibt stattdessen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer? Und wie sieht es in der Gesundheitspolitik aus? Praxisgebühr, Zuzahlung bei medizinischen Dienstleistungen und Medikamenten. Viele Medikamente, die wir früher auf Rezept bekamen, müssen wir seit Januar 2004 selbst bezahlen. Da kommen ganz schnell einige hundert Euro im Jahr zusammen. Für Zahnersatz und Hörgeräte gibt es nur noch eine Pauschale, den Rest dürfen wir selbst bezahlen. Brillen sogar komplett. Und für Rentner gibt es nicht mal einen Inflationsausgleich, obwohl Miete, Strom, Gas, Versicherungen ständig teurer werden. Seit Jahren fordern wir darüber hinaus eine Reform

der Pflegeversicherung. Es ist zwar erreicht worden, dass Demenz bei der Festlegung der Pflegestufe berücksichtigt wird, aber die Pflegesätze sind seit Einführung der Pflegeversicherung nicht erhöht worden. Ein Pflegeplatz kostet heute zwischen 3000 und 3500 Euro im Monat. Die wenigsten Senioren sind in der Lage, diese Beiträge zu zahlen, so dass doch wieder das Sozialamt einspringen muss...

Was haben wir dagegen getan? Wir haben im Bezirksseniorenausschuss, in den Landesbezirken und im Bundesseniorenausschuss Resolutionen verfasst, an die politischen Gremien geschickt, protestiert und auch demonstriert. Was hat es uns gebracht? Wenig, wir werden mit Halbwahrheiten und Versprechungen abgespeist; unsere Lobby ist nicht stark genug. Zu viele Rentner haben resigniert und sitzen unzufrieden vor ihrem Fernseher.

Aus all diesen Gründen rufen wir die Seniorinnen und Senioren auf, sich an den in diesem Jahr stattfindenden Organisationswahlen am 6. Juni (siehe Terminseite 15) zu beteiligen und zu unserer aller Stärkung Flagge zu zeigen!

Werner Radschuk

Die nicht sichtbaren Lohnabhängigen

Filmfestival Globaleo6 mit Filmen und Debatten zur Darstellung der Arbeitswelt

Themen der Arbeitswelt standen im Mittelpunkt des diesjährigen Medienfestivals Globaleo6, das vom 6. bis zum 18. März im Künstlerhaus Acud in Berlin-Mitte stattfand.

Einen Schwerpunkt nahmen Filme über die harte Lebensrealität der Lohnabhängigen in China, Indien und Südkorea ein. Die meisten Streifen sind bisher in Deutschland nicht gezeigt worden. So dokumentiert der Film „Railroad of Hope“ die alljährliche tagelange Reise von zigtausend chinesischen Baumwollpflückern im August und September zu ihren Arbeitsstellen. Die Wün-

sche und Hoffnungen der Menschen werden mit der harten Realität kontrastiert.

Neben zahlreichen Film- und Videoveranstaltungen waren auch die Workshops und Diskussionsveranstaltungen des Festivals gut besucht. Dort wurde kritisiert, dass die Lebenswirklichkeit der Lohnabhängigen in den großen Medien heute kaum Niederschlag findet.

Dafür gab es optische Belege. So beleuchtete der Film „Class dismissed – How TV frames the working class“ die Darstellung der Lohnabhängigen im TV von den Anfängen des Fernsehens in

den USA bis heute. Ausschnitte aus beliebten Serien, Krimis und Talkshows zeigen Arbeiter zwar in unterschiedlichsten Rollen. Nur Lohnabhängige, die sich organisieren und Forderungen durchsetzen, finden sich kaum.

Auch in den deutschen Medien kommen die Arbeitswelt und soziale Bewegungen selten vor. So versuchte der Dokumentarfilmer Martin Kessler vergeblich, seine Langzeitstudie über Hartz IV-Empfänger mit dem Titel „Die neue Wut“ im Fernsehen unterzubringen – wohl, weil er deutlich machte, dass seine Sympathie bei den Protagonisten der

Proteste liegt. Auch zur Medienpolitik der Gewerkschaften gab es viele Fragen.

So steht das von einigen ver.di-Mitgliedern entworfene Konzept eines gewerkschaftlichen Medienzentrums bisher nur auf dem Papier, kritisierte Oliver Schultz vom Projekt LaborB, das sich der gewerkschaftlichen Medienarbeit widmet und die Globale mit organisiert. Vielleicht wird es bis zur Neuauflage des Festivals im nächsten März auf diesem Gebiet Weiterentwicklungen geben. Die Debatten auf der Globaleo6 unterstrichen deren Notwendigkeit.

Peter Nowak

Wenn der Staatsanwalt klingelt ...

dju-Stammtisch mit Tipps zum Verhalten bei polizeilichen Durchsuchungen

Die Pressefreiheit ist in Deutschland im Grundgesetz verankert. Trotzdem sehen sich Journalisten staatlicher Repression ausgesetzt. Prominentestes Beispiel waren im vergangenen Jahr die Durchsuchungen in der Redaktion Cicero und in den Privaträumen des freien Journalisten Bruno Schirra, der für das Magazin arbeitet. Beim dju-Stammtisch am 27. Februar erläuterte Dr. Johannes Weberling, Rechtsanwalt und Experte für Presserecht, den aktuellen Stand im Fall Cicero (Sprachrohr berichtete in Ausgabe 5/05 über die Polizeirazzien in Potsdam und auf Valentinswerder im September 2005) und gab wertvolle Tipps, wie sich Kollegen bei einer Durchsuchung verhalten sollten.

Die Ermittlungen der Potsdamer Staatsanwaltschaft gegen das Magazin wurden gegen Zahlung von 1000 Euro eingestellt. Das Landgericht Potsdam hatte die Durchsuchung im Januar für rechtens erklärt, Cicero hat dage-



gen Verfassungsbeschwerde eingereicht. Schirra und der Schweizer Journalist Johannes von Dohnanyi weigerten sich ebenfalls, einen Strafbefehl zu akzeptieren. Weberling sieht darin die Chance, dass gerichtlich der Umgang mit Journalisten und ihren Informanten geklärt wird. Den Quellen- und Informantenschutz, das höchste Gut des investigativen Journalismus, sieht auch Matthias Gottwald, dju-Landesvorsitzender Berlin-Brandenburg, gefährdet: „Dass die überzogenen Durchsuchungen gerichtlich abgesegnet worden sind, beschädigt das Grundrecht der Pressefreiheit. Nicht auszudenken, was der Staat gegen Journalisten und Verlage unternimmt, sollten die Sicherheitsbelange der Bundesrepublik

Deutschland tatsächlich nenenswert betroffen sein.“ In Sonntagsreden lasse sich gut über die Wächterfunktion der Presse als „vierte Gewalt“ fabulieren. Doch könnten Journalisten diese Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sie sich frei informieren könnten. Auch und gerade bei behördlichen Geheimnisträgern, betonte Gottwald.

Johannes Weberling riet Journalisten, bei einer Durchsuchung zunächst einen Anwalt zu informieren. Außerdem sollte in jedem Fall der Durchsuchung widersprochen werden. Auf dem Protokoll, das der Betroffene unterschreiben muss, gäbe es dafür ein Kästchen, das lediglich angekreuzt werden muss. „In diesem Fall müssen die beschlagnahmten Unterlagen versiegelt werden und die Behörden können sie nicht vor einer gerichtlichen Entscheidung auswerten“, betonte Weberling. Wäre dies im Fall Schirra geschehen, hätte die Staatsanwaltschaft

Berlin das Material nicht umgehend übernehmen und in weiteren Fällen gegen den Journalisten ermitteln dürfen. Zudem habe jeder, bei dem Material beschlagnahmt wird, ein Anrecht auf ein vollständiges Protokoll. „Aus einem Aktenordner können auch einzelne Dokumente entnommen werden“, warnte Johannes Weberling. Deshalb könne der Betroffene verlangen, dass eine Liste aller Dokumente erstellt wird. Allein das könne bewirken, dass weniger beschlagnahmt werde, wenn die Staatsmacht vor der Menge kapituliere. Betroffene könnten sich auch damit zufrieden geben, dass die Seiten paginiert, also mit einem dokumentensichernden Stift durchnummeriert werden. Bei 130 Aktenordnern wie im Fall Schirra hätte dies allerdings auch reichlich Zeit in Anspruch genommen. **sil**

Bitte vormerken: dju-Stammtisch am 22. Mai, 19.30 Uhr zum Thema: „Arbeitslosenversicherung jetzt auch für Freie“, Referent: Bernd Hubatschek

Berührt haben wir erfahren, dass Harald Dittmar, unser Kollege und langjähriges IOJ-Sprecherratsmitglied, nicht mehr unter uns ist. Auch wenn er sich aus gesundheitlichen Gründen aus der aktiven Mitarbeit immer mehr zurückziehen musste: Resigniert hat er nie. Uns hat er bereits in den vergangenen Jahren gefehlt, und nun wird er erst recht fehlen.

Der aus dem thüringischen Nottleben stammende Diplom-Journalist hatte einen wesentlichen Teil seines beruflichen Lebens als Auslandskorrespondent der DDR-Nachrichtenagentur ADN verbracht. Sein Fachwissen vermittelte er auch als Lektor und Seminarleiter am Internationalen Institut für Journalistik in Berlin. Er arbeitete in Bagdad, Kairo und schließlich im Libanon. Wo ihm zusammen mit seiner Frau und Berufskollegin Brigitta 1990 die Aufgabe zufiel, das ADN-Büro in Beirut aufzulösen. Wie für viele Kollegen aus der ehemaligen DDR begann auch für Harald Dittmar eine schwierige Phase. An einen beruflichen Neuanfang war für den 56jährigen nicht mehr zu

Resigniert hat er nie

Zum Tode von Harald Dittmar (1934 – 2006)

denken. Aber aufzugeben hätte nicht zu ihm gepasst.

1992 wurde Harald Dittmar Mitglied im IOJ-Sprecherrat. In dieser kritischen historischen Situation ein Glücksfall. Denn dass es die deutsche Sektion des IOJ heute noch gibt und wir in diesem Jahr das 60jährige Bestehen feiern können, ist nicht zuletzt Harald Dittmar zu verdanken. Nach den globalen politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen zu Beginn der 90er Jahre war auch die IOJ international in Auflösung oder zumindest totaler Orientierungslosigkeit begriffen. Harald Dittmar setzte sich vehement für die Erhaltung und Reorganisation der deutschen Assoziation der International Organization of Journalists (IOJ) ein und motivierte Mitstreiter. Er kümmerte sich um die Mitgliederregistratur, die Finanzen, Information und Kommunikation, die Weiterführung

der International Press Card und schließlich die Kooperation mit anderen Journalisten- und Solidaritätsorganisationen. Die internationale Solidarität war ihm stets besonders wichtig. Hatte er doch während seiner Auslandsaufenthalte Unterentwicklung und Armut aus nächster Nähe kennengelernt. Die IOJ-Beteiligung am alljährlichen Solidaritätsbasar der Berliner Journalisten war für ihn Herzenssache. Erinnerung sei an die erfolgreiche, von ihm gestaltete T-Shirt-Aktion mit dem originellen Aufdruck „Nicht schießen – Journalist“.

Seiner konsequenten Haltung und seinem Geschick ist es schließlich mit zu verdanken, dass die drohende Auflösung im Jahr 2000 durch die Kooperation mit dem damaligen Landesbezirk Berlin-Brandenburg der IG Medien verhindert wurde und sich für die IOJ hier als autonome Arbeits-



Solidarität war ihm wichtig

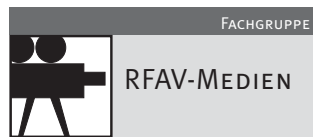
gruppe Internationales im Rahmen der Gewerkschaft eine neue Perspektive eröffnete. 2004 wurde Harald Dittmar für seine 50jährige Gewerkschaftszugehörigkeit geehrt. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Sprecherrat war er da – mit Rat und Tat. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau und der Familie. **Ingrid Müller-Mertens für den IOJ-Sprecherrat**

Senderverband mit einer Stimme

Fusion ORB/SFB wird nun endlich auch auf ver.di-Mitgliederebene vollzogen

Fast drei Jahre ist es her, dass der Rundfunk Berlin-Brandenburg aus der Fusion von ORB und SFB hervorgegangen ist. Dennoch gab es bisher in Berlin und in Potsdam jeweils einen eigenen ver.di-Senderverband. Am 26. April fusionieren diese nun zum gemeinsamen RBB-Senderverband und wählen sich einen neuen Vorstand. Das Gremium will sich für die Wahrung tariflicher Rechte und vernünftiger Arbeitsbedingungen für „Feste“ und „Freie“ einsetzen.

Schon in der Vergangenheit arbeiteten beide Gruppen eng zu-



sammen, führten auch die Tarifverhandlungen gemeinsam. Dennoch gelten für die Beschäftigten an beiden Standorten immer noch unterschiedliche Arbeits- und Vergütungsbedingungen. Obwohl durchgesetzt werden konnte, dass die Gehaltstabellenschnittweise bis Mitte 2007 angeglichen werden, sind weitere Baustellen offen. Zukünftig mit einer Stimme sprechend, soll der Senderverband noch durchsetzungsfähiger werden. Dietrich Peters, zuständiger ver.di-Fachbereichssekretär: „Nach der Wahl gehen ORB und SFB endlich auch auf der Mitgliederebene zusammen.“ Der Vorstand des einheitlichen RBB-Senderverbands werde aus neun Mitgliedern bestehen. Am gleichen Tag soll der Gesamtsenderverband auch die betriebliche Tarifkommission neu wählen.

In allen öffentlich-rechtlichen Sendern haben sich ver.di-Mitglieder zu Senderverbänden zusammengeschlossen. Als Teil von ver.di bilden sie die persönliche Verbindung jedes Einzelnen zur



Ein starker Senderverband kann viel bewegen.

Gewerkschaft. Die ver.di-Senderverbände sollen sichern, dass Kolleginnen und Kollegen ihre Belange diskutieren können, solidarisch handeln, dass ver.di ein starker Tarifverhandlungsführer ist und Interessen der Arbeitnehmer erfolgreich vertreten werden. Außerdem sorgen sie dafür, dass Entscheidungen im Sender transparent gemacht werden und im Dialog mit den Beschäftigten entstehen.

Vor Ort nimmt der RBB-Senderverband die Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf, führt sie zusammen und sorgt für Diskussion im Personalrat. Diet-

rich Peters: „Senderverbände sind etwas Besonderes, weil sie laut Satzung eine eigene Finanzhoheit besitzen. Von daher sind sie in ihren Entscheidungen immer relativ autonom“. Ein starker Senderverband könne viel bewegen.

Alle Mitglieder sind eingeladen, an den Wahlen teilzunehmen. Termin ist der 26. April, um 18.00 Uhr, im 14. OG des RBB-Sendezentrums. An einer aktiven Mitarbeit Interessierte werden gebeten, sich beim ver.di-Büro im RBB zu melden.

ucb
Kontakt: Antje Raudzus, Tel.: 030/30314691, E-Mail: verdi-rbb@verdi.de, Christiane Gerloff, Tel.: 0331/7313505, E-Mail: christiane.gerloff@rbb-online.de

EINGELENKT

RBB erkennt

Freienvertretung an

Die Freienvertretung rbbpro wurde durch die Geschäftsleitung schriftlich akzeptiert. „In einem freundlichen Gespräch mit der Intendantin und den Damen und Herren des erweiterten Führungskreises im Februar haben wir uns und die Strukturen der Freienvertretung vorgestellt und auf die drängenden Probleme wie Zwangspausen und Prognosen hingewiesen“, so Jürgen Schäfer, Sprecher von rbbpro. Wie erwartet, gab es bei diesen Problempunkten keine Änderung der RBB-Haltung, die Dienstanweisung gilt weiter. Aber nicht nur rbbpro, sondern alle Freienvertreter und Sprecher im Haus sind akzeptiert und aufgefordert, bei Problemen und Fragen in ihren Abteilungen und Redaktionen aktiv zu werden.

rbbpro will sicherstellen, dass Rechte von Freien gewahrt bleiben, Kürzungen verhindert werden oder, wo nicht vermeidbar, sozialverträglich stattfinden. Darüber hinaus hat sich rbbpro zum Ziel gesetzt, auf einen Tarifvertrag hinzuwirken, der den Freien eine transparente und verlässliche Grundlage für die Beschäftigung im RBB gibt. **ucb**

Zweiter Filmrausch

Berlinisches in den Hackeschen Höfen

Als Filmfestival für Produktionen aus Berlin und Brandenburg geht „achtung berlin – new berlin film award“ zum zweiten Mal an den Start. Vom 11. bis 17. Mai sind im Filmtheater Hackesche Höfe aktuelle abendfüllende Spiel- und Dokumentarfilme mit Bezug zur Stadt Berlin oder zur Region Brandenburg zu sehen.

Im Mittelpunkt steht der Wettbewerb „Made in Berlin-Brandenburg“ für neue Filme aus der Hauptstadtregion. Er richtet sich an professionelle Produktionen, die vor Ort entstanden sind. Der internationale Wettbewerb „Towards Berlin“ steht Produktionen

aus aller Welt offen, die sich thematisch mit der Region auseinandersetzen. Eine Retrospektive mit Berlinfilmen der DEFA, ein Kinder- und Jugendfilmprogramm sowie zahlreiche Spezialreihen runden den Spielplan ab. Eine Jury aus Filmemachern, Schauspielern und Produzenten wird die Preise vergeben.

Vor allem mit den Standorten Babelsberg und Adlershof haben sich Berlin und Brandenburg zu einer bedeutenden Filmregion gemauert, Film und Fernsehen gehören zu den Wachstumsbranchen. Dennoch sind international erfolgreiche Filmproduktionen aus

Berlin in der Stadt selbst manchmal nicht zu sehen. Das Festival will als Plattform für Unternehmen der hiesigen Filmwirtschaft die Lücke füllen und Produktionsfirmen aus Berlin ein Forum bieten. Die Resonanz ist erstaunlich: Rund 400 Beiträge wurden eingereicht. Ulla Drenckhan, stellvertretende Vorsitzende von „achtung berlin e.V.“, der das Festival ausrichtet, bestätigt: „Die Idee stößt bei Produzenten und Filmverleihern auf offene Ohren, vor allem kleinere Produktionsfirmen sind begeistert“. Sie fänden auf dem Festival eine Gelegenheit, ihr Schaffen zu präsentieren, erhielten die Chance, einen Verleih zu finden und in die Kinos zu kommen.

Das Festivalprogramm wird Ende April feststehen. Informationen: 030/970059-82, www.achtungberlin.de **ucb**

MEDIEN GALERIE

Die Schau „10 Jahre Medien Galerie: Hereinspaziert! Den Dingen auf den Grund gegangen“ mit Kostproben aus 63 vorangegangenen Ausstellungen ist noch bis zum 28. April 2006 geöffnet.

Danach läuft vom 2. Mai bis 28. Juli:

„Gott grüßt die Kunst. Illustrationen und Festschriften der gewerkschaftlich organisierten Drucker, Setzer und Hilfsarbeiterinnen.“ Eine Ausstellung der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, des ver.di-Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg und des Karl-Richter-Vereins e.V.

Zur Vernissage am 2. Mai, 18 Uhr, sprechen Rüdiger Zimmermann, Leiter der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, und der Kunsthistoriker Peter Pfister. Medien Galerie, Dudenstraße 10, 10965 Berlin, U-Bahn Platz der Luftbrücke, weitere Infos: www.medien-galerie.org

BILDENDE KUNST

KunstKreuz 2006 vom 23. Juni bis 21. Juli unter dem Motto „Offenes Spielfeld Berlin“. Infos unter 030/ 695 366 55 oder www.kulturring.org

LITERATUR

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat im „Terzo Mondo“, Grolmanstr. 28, zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt oder vom S-Bahnhof Savignyplatz.

Fast vergessene Schriftsteller: Alice Berend am 8. Juni, 19.30 Uhr, im Literaturhaus Fasanenstr. 23, Kaminraum

MUSIK

4. Berliner MusikschulTag 2006 am 14. Mai, 14 bis 18 Uhr: „musik macht menschen“ im Roten Rathaus (Mitte)

Wir arbeiten nicht im Verborgenen! Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landes-

und Bezirksfachgruppenvorstandes eingeladen! Die Vorstände tagen am **19. Mai und 16. Juni**, jeweils um 9.30 Uhr, Köpenicker Str. 30. Tel. 030/88 66-54 02.

JOURNALISMUS

Sprechstunden der IOJ: Am vierten Dienstag jedes Monats von 13 bis 15 Uhr, Raum 4.12 ver.di-Neubau, Köpenicker Str. 30. www.ioj-journalisten-international.de

Journalistenstammtisch:

Jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr im „cum laude“, Universitätsstr. 4, Ecke Dorotheenstr. (Mitte). Nächste Termine am 24. April „Presserecht und Persönlichkeitsrechte“ mit Birgit Wieland, Justitiarin Berliner Verlag, und am 22. Mai „Arbeitslosenversicherung für Freie“ mit Bernd Hubatschek, MKK-Konsult.

THEATER & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe 10

alle drei Wochen im ver.di-Haus. Rückmeldungen zur Teilnahme bitte an Georgia Weiland (Tel. 030/88 66-54 12). Nächste Termine: 17. Mai und 21. Juni (offene Vorstandssitzungen).

VERLAGE & AGENTUREN

Stammtisch an jedem zweiten Donnerstag im Monat, 17 Uhr im Restaurant „Heidelbeere“, am Heidelberger Platz.

SENIOREN

Seniorengruppe Funkhaus:

Exkursion zum ZDF-Hauptstadtstudio am 25. April, 14 Uhr, Treffpunkt Zollernhof, Unter den Linden. Anmeldung Tel. 538 02 665

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats (außer Okt. und Dez.) um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

Bitte vormerken: Außer der Reihe am Sonnabend, dem 7. Oktober 2006, ab 11 Uhr, im größeren Kreis zum 60. Jahrestag der Agenturgründung (Weitersagen!)

EINLADUNG ZU DEN MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN

Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie, Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Für alle Mitgliederversammlungen gilt eine analoge Tagesordnung (siehe rechts)

Filmverband Berlin-Brandenburg (Filmschaffende FFS, VTF und Kino) am 14. Juni, 18 bis 21 Uhr, im ver.di-Haus, Köpenicker Str. 30, Raum 6.05

Fachgruppe 6 RFAV-Medien (alle Medienschaffenden, die nicht zu den Senderverbänden bzw. zum Filmverband gehören, z.B. privater Rundfunk, Neue Medien, etc.) am 21. Juni, 18 bis 21 Uhr, im ver.di-Haus, Köpenicker Str. 30, Raum 3.12

Fachgruppe 8 Literatur Verband deutscher Schriftsteller (VS) Landesverband Berlin am 23. Mai, 16 Uhr, im ver.di-Haus, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum 6.05/6.06

Landesverband Brandenburg am 30. Mai, 14 Uhr, in der Landesbibliothek Potsdam, Am Kanal 47, 14467 Potsdam. Mit anschließender Lesung aus der Anthologie „Geschichten aus der Streusandbüchse“

Fachgruppe 9 Bildende Kunst am 14. Juni, 17.30 Uhr, im ver.di-Haus Köpenicker Str. 30, Raum 5.12

Fachgruppe 10 Theater und Bühnen, Veranstaltungswesen, kulturelle Einrichtungen, Darstellende Kunst am 4. September, 15 bis ca. 20 Uhr, im ver.di-Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Saal Aida. Erster Teil: Offene Diskussionsrunde mit Kultursenator Thomas Flierl und den kulturpolitischen Sprechern der Abgeordnetenhaus-Fractionen zum Thema „Kunst und Kultur – gestern, heute, morgen“. Mitgliederversammlung ab ca. 17.30 Uhr

Fachgruppe 11 Musik am 23. Juni, 10 Uhr, im ver.di-

Haus, Köpenicker Str. 30, Raum 6.06

Seniorenkonferenz des Fachbereichs 8 Landesbezirk Berlin-Brandenburg am 6. Juni, 10 bis 14 Uhr, im ver.di-Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, Saal Othello

- Tagesordnung der Mitgliederversammlungen**
1. Eröffnung und Begrüßung
 2. Beschluss über die Tagesordnung
 3. Beschluss der Wahl- und Geschäftsordnung
 4. Wahl der Tagungsleitung, der Mandatsprüfungskommission
 5. Geschäftsbericht des Vorstandes
 6. Aussprache
 7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
 8. Wahl des Vorstandes
 9. Wahl der Delegierten zu Landes- und Bundesfachbereichskonferenzen
 10. Diskussion und Beschluss von Anträgen
 11. Schlusswort

Sprachrohr 3/06

erscheint am 19.06.06
Redaktionsschluss am 15.05.06

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.
Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich), Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel.: 030/88 66-6.
Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin, pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/613096-64, Fax: 030/613096-66, nehrlich@pressebuero-transit.de
Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel.: 030/613936-0, info@bleifrei-berlin.de
Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Am Friedrichshain 22, 10407 Berlin, Tel.: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54
Druck: Henke-Druck, Plauener Straße 160, 13053 Berlin
Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Straße

Ort

Bemerkungen

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.vv

Kompass im Paragraphendschungel

Urheberrecht – auch für Journalisten, Schriftsteller und Künstler verständlich kommentiert

Das Urheberrecht spielt für kreativ Tätige eine wichtige Rolle. Nicht immer wird das in der Praxis ausreichend wahrgenommen. Viele vertragliche Absprachen geschehen auf Zuruf, in den meisten Fällen werden die gegenseitigen Verpflichtungen auch erfüllt. Erst wenn es zum Konflikt kommt – und das geschieht aufgrund der widerspruchsvollen Entwicklung, der, wie es häufig verkürzt gesagt wird, Mediengesellschaft immer häufiger – werden den Beteiligten die rechtlichen Dimensionen ihres Handels bewusst. Das heißt jedoch nicht, dass sie auch klar werden und der Konflikt im Interesse der Beteiligten gelöst werden kann. Zumeist reicht dann auch ein Blick in die Textausgabe des Urheberrechtsgesetzes nicht aus. Erst aus der Kenntnis der Rechtsprechung und der absehbaren Entwicklung des Urheberrechts lässt sich eine produktive Rechtsanwendung ableiten. Um eine genauere Kenntnis zu erlangen, bedarf es also Orientierungshilfen. Der nun in der zweiten

Auflage von den Professoren Wandtke und Bullinger herausgegebene Praxiskommentar zum Urheberrecht wird seinem Namen gerecht. Die von den Herausgebern zur Mitarbeit gewonnenen Autoren sind kompetent und praxisverbunden, in der Mehrzahl als Rechtsanwälte tätig und mit den konkreten Problemen vertraut. Überdies sind sie mit den neuen Medien und Verwertungsmethoden gewissermaßen aufgewachsen. Sie wissen, dass die schöpferische Tätigkeit und die Verwertung ihrer Ergebnisse aufgrund der technischen Entwicklung und der Internationalisierung gravierenden Veränderungen unterworfen sind.

Wer den Praxiskommentar zur Hand nimmt, wird nicht nur hinsichtlich zahlreicher Einzelfragen Informationen erhalten, sondern auch eine Vorstellung von der künftigen Entwicklung der urheberrechtlich relevanten gesellschaftlichen Widersprüche. Dem dient auch eine der Kommentierung vorangestellte Einführung in

das Urheberrecht, eine wichtige Neuerung gegenüber der ersten Auflage. Diese Einführung wird insbesondere den Praktikern die Einordnung von Einzelfragen in den Gesamtzusammenhang der urheberrechtlich zu regelnden Prozesse erleichtern. Literatur und Rechtsprechung sind bis zum Stand November 2005 eingearbeitet. Die Autoren haben auf hohem theoretischem Niveau und dennoch dem Nichtjuristen

angemessene Vergütung von Interesse sein. Aber auch die konkreten Folgen, die sich aus der digitalen Werknutzung und neu entstehender Nutzungsarten wie Handy-TV u.ä. ergeben. Die Autoren des Kommentars behandeln die damit verbundenen Fragen auch für den nichtjuristischen Leser verständlich, auch da, wo sie strittige Probleme und abweichende Rechtsprechung berühren.

Mit Sicherheit wird der Kommentar – schon wegen seines Preises – nur in Ausnahmefällen einen Platz in den privaten Bücherregalen finden. Das sollte die Künstler und Kreativen aber nicht daran hindern, ihn da, wo er öffentlich zugänglich ist, zu nutzen. Und nicht erst dann, wenn ein Konflikt erkennbar ist, sondern bereits bei der Ausgestaltung vertraglicher Beziehungen.

Prof. Dr. Jürgen Marten,
Rechtsanwalt, Berlin

Artur-Axel Wandtke/Winfried Bullinger (Hrsg.), Praxiskommentar zum Urheberrecht, 2. Aufl., C.H. Beck, 2006, 1911 Seiten, 158 €, ISBN: 3-40653423-6

Neu: Einführung in
das Urheberrecht

verständlich auch die erkennbar neuen Aspekte berücksichtigt, die sich aus der weiteren Reformierung des Urheberrechts ergeben und gerade in einem Entwurf der Bundesregierung ihren Niederschlag gefunden haben.

Für die Urheber selbst werden praktisch vor allem die veränderten Vergütungsregelungen und das erstmals geregelte Recht auf

ANZEIGE

Journalisten, Autoren, Künstler!

BERND HUBATSCHKE



Von der Gründung zur erfolgreichen selbständigen Existenz.
Wir beraten, begleiten und betreuen Sie:

- auf dem Weg in die Selbständigkeit, z. B. **Gründung** aus Arbeitslosigkeit/ABM (Antrag Überbrückungsgeld), **Gemeinschaftsgründungen**;
- bei der **Fördermittelbeantragung**, incl. fachlicher Stellungnahme;
- bei der **Überprüfung** Ihres Konzepts und der betriebswirtschaftl. **Rahmenbedingungen**;
- bei der **KSK-Antragstellung** und sozialen Absicherung;
- bei der Antragstellung für das **Presseversorgungswerk**

MEDIEN
KUNST
KULTUR
CONSULT

Gotlandstraße 7 · 10439 Berlin

Tel.: 030 / 44 65 08 10

Fax: 030 / 44 65 08 11

e-mail: MKKConsult@aol.com

Internet: www.MKK-Consult.de

